



Heft 6

**Entwicklungszusammen-
arbeit in Studium und
Praxis**

Überblicksbeiträge und Fall-
studien aus der praktischen
Entwicklungszusammenarbeit

POLITICAL SCIENCE APPLIED

Zeitschrift für angewandte Politikwissenschaft

Heft 6

Dezember 2015

Entwicklungszusammenarbeit in Studium und Praxis Überblicksbeiträge und Fallstudien aus der praktischen Entwicklungszusammenarbeit

Herausgeber

Prof. Dr. Jakob Lempp, Hochschule Rhein-Waal
jakob.lempp@hochschule-rhein-waal.de

Dr. Angela Meyer, Organization for International Dialogue and Conflict Management
angela.meyer@idialog.eu

Redaktionsteam

Dr. Reinhard Brandl, Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Alexander Brand, Hochschule Rhein-Waal

Dr. Stephan Dreischer, Konrad-Adenauer-Stiftung

Gregor Giersch, Organisation for International Dialogue and Conflict Management

Dr. Elsa Hackl, Universität Wien

Dr. Frieder Lempp, Massey University New Zealand

Prof. Dr. Jakob Lempp, Hochschule Rhein-Waal

Dominik Meier, Deutsche Gesellschaft für Politikberatung

Dr. Angela Meyer, Organisation for International Dialogue and Conflict Management

Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Technische Universität Dresden

Dr. Thomas Pfister, Zeppelin Universität Friedrichshafen

Kontaktadresse: **Organisation for International Dialogue and Conflict Management, Mumbgasse 6/27,
1020 Vienna, Austria**

Frei verfügbar unter: www.psc.a.eu

**Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare
Verwendung der gesamten Zeitschrift
oder einzelner Artikel ist auch
in Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
der Herausgeber gestattet.**

**PSCA-Artikel unterliegen
einem Begutachtungsverfahren
durch das Redaktionsteam.
Sie geben ausschließlich die
persönliche Auffassung der
Autoren und Autorinnen
wieder.**

© IDC, 2015
ISSN 2306-5907

**IDC
Organisation for International
Dialogue and Conflict Management
Mumbgasse 6/27
1020 Wien, Österreich
www.idialog.eu
www.pzca.eu
editors@pzca.eu**

**Herausgeber:
Prof. Dr. Jakob Lempp
Dr. Angela Meyer**

Editorial¹

Begriffe wie „Entwicklungshilfe“, „Entwicklungspolitik“, „Entwicklungszusammenarbeit“ oder auch der Begriff der „Entwicklung“ selbst sind häufig normativ stark aufgeladen und sowohl in der Wissenschaft als auch in der entwicklungspolitischen Praxis umstritten. Und doch ist das Erreichen der globalen Entwicklungsziele („Millennium Development Goals“, „Sustainable Development Goals“), wie der Bekämpfung von Armut und Hunger, der Verringerung der Kindersterblichkeit und der Bereitstellung von Grundschulausbildung für alle Kinder weltweit, eine der zentralen Zielsetzungen der internationalen Gemeinschaft.

Tausende Menschen arbeiten – teils auch als Freiwillige – an der Umsetzung dieser oder anderer Entwicklungsziele. Dabei variieren sowohl die konkreten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit als auch deren Formen ganz erheblich. Internationale Organisationen wie die Organisationen der Weltbankgruppe oder das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stecken die multilateralen Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit weltweit ab, staatliche Akteure, wie die Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit (in Deutschland etwa das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) führen die nationale Entwicklungspolitik – in der Regel mit Hilfe staatlicher Hilfsorganisationen (in Deutschland etwa der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ) – durch, und eine Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen unterschiedlicher Größe und inhaltlicher Ausrichtung flankieren zusätzlich die staatliche Entwicklungspolitik.

Die Kernfrage der vorliegenden sechsten Ausgabe von *Political Science Applied* lautet in diesem Zusammenhang: Wie stellt sich die Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der Mitarbeiter multilateraler, staatlicher oder nichtstaatlicher Organisationen ganz konkret dar. Dafür haben wir Eindrücke, Erfahrungen und Fallbeispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit zusammengetragen, in welchen die entwicklungspolitischen Ziele der jeweiligen Projekte oder Organisationen aus Akteurs- und damit Praktikersicht beschrieben, die ganz konkreten Methoden und Instrumente zur Erreichung dieser Ziele benannt, die Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren in der praktischen Arbeit erläutert sowie die konkreten Arbeitsbedingungen erörtert werden.

Eingeleitet wird das Heft durch drei Überblicksbeiträge, von denen der erste die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit beleuchtet, der zweite inhaltlich in die Entwicklungszusammenarbeit als Teilgebiet der Politikwissenschaft einführt und der dritte eine Zusammenschau über die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Studiengänge in Deutschland, Österreich und der Schweiz als Orientierung für Studierende und andere interessierte Leser bietet.

Somit wendet sich die vorliegende Ausgabe von *PSCA* insbesondere sowohl an Studierende der Politikwissenschaft und anderer Studienrichtungen, die sich eine berufliche Perspektive in der Entwicklungszusammenarbeit vorstellen können als auch an Mitarbeiter in Projekten und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, die sich über die konkrete Vielfalt der entwicklungspolitischen Projekte und Institutionen in Form von praktischen Fallbeispielen informieren wollen.

Wir wünschen diesen Lesern, aber auch allen generell an der Vielfalt der Tätigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit Interessierten, eine spannende Lektüre!

Jakob Lempp und Angela Meyer

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass aus Gründen der besseren und flüssigeren Lesbarkeit im gesamten Journal auf eine genderspezifische Schreibweise verzichtet wird. Alle Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.

Inhalt

Editorial Jakob Lempp und Angela Meyer	S. 1
<u>Einführende Überblicksartikel</u>	
Jan Niklas Rolf Von nachholender bis zu nachhaltiger Entwicklung: Die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit in Theorie und Praxis	S. 3
Alexander Brand Entwicklungszusammenarbeit in der Politikwissenschaft	S. 6
Jakob Lempp / Sofia Grau Ausgewählte entwicklungspolitische Studiengänge im deutschsprachigen Raum	S. 9
<u>Praxisberichte</u>	
Oliver Serfling Die Vietnamesisch-Deutsche Universität als Instrument zur Kapazitätsentwicklung im vietnamesischen Hochschulsektor	S. 12
Sarah Ganter Globale soziale Gerechtigkeit: Einblicke in die Tätigkeit als Auslandsmitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung	S. 17
Diana Marquardt Einblicke in die Entwicklungszusammenarbeit in Laos	S. 20
Maria Hughes Capacity Development: Ein entwicklungspolitisches Konzept und seine Umsetzung am Beispiel Osttimors	S. 22
Florian Ranft ECOWAS in Practice: Linking Peacebuilding-efforts and Development	S. 25
Sander Chan Transdisciplinary response to an organizationally complex and environmentally challenged global politics	S. 27
Dieter Reinhardt terre des hommes e.V.: Kinderhilfswerk und Kinderrechtsorganisation	S. 29
Daniel Heilmann Die Arbeit als parlamentarischer Rechtsberater in Kambodscha	S. 31

Von nachholender bis zu nachhaltiger Entwicklung: Die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit in Theorie und Praxis

Jan Niklas Rolf

Dr. Jan Niklas Rolf studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen und Internationale Beziehungen an der University of London. Er promovierte mit einer Arbeit über die Vertragstheorien von Thomas Hobbes und John Rawls. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Internationalen Politischen Theorie sowie der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Seit April 2015 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Rhein-Waal tätig.

In diesem einführenden Beitrag soll ein kurzer Überblick über die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich ihres theoretischen Inputs und praktischen Outputs gegeben werden.

Während die Anfänge der Entwicklungstheorie bis ins Zeitalter des Merkantilismus zurückreichen, wurde Entwicklungspolitik erst nach dem Zweiten Weltkrieg betrieben. Die Amtsantrittsrede des US-Präsidenten Harry S. Truman aus dem Jahr 1949, in der er sich für eine Ausweitung des industriellen Fortschritts auf die „rückständigen“ Regionen der Welt aussprach, wird oftmals als Gründungsakt der Entwicklungspolitik bezeichnet. Inspiriert von der Modernisierungstheorie, die Entwicklung als das Durchschreiten gleichgerichteter Entwicklungsstufen ansah, machte es sich die Entwicklungspolitik in den **1950er** Jahren zur Aufgabe, den Weg von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, wie ihn die Kolonialmächte beschritten hatten, auch für die immer zahlreicher werdenden – politisch selbstständigen, aber ökonomisch „rückständigen“ – postkolonialen Staaten zu ebnet. Folglich gingen die Begriffe Industrie- und Entwicklungsländer zur Bezeichnung der ehemaligen Kolonialmächte und Kolonien in den allgemeinen Sprachgebrauch ein. Entwicklung wurde dabei fast ausschließlich als wirtschaftliches Wachstum verstanden, welches die Industrieländer durch die Finanzierung großer

Infrastruktur-Projekte und den Transfer technischen Know-Hows zu stimulieren versuchten. Das auf diese Weise generierte Wachstum, so die weitläufige Annahme, würde über den sogenannten Trickle-Down-Effekt letztendlich auch der breiten Bevölkerung zugutekommen.

Als der erhoffte Verteilungseffekt ausblieb und sich in vielen Entwicklungsländern ein „Wachstum ohne Entwicklung“ einstellte, formierte sich in den **1960er** Jahren ausgehend von Lateinamerika eine Bewegung, der ein diametral entgegengesetztes Entwicklungsverständnis zugrunde lag. Nach Ansicht der Dependenztheorie ist der ungleiche Entwicklungsstand nicht etwa auf eine verspätet einsetzende Industrialisierung der Entwicklungsländer, sondern vielmehr auf die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer im Zuge des Kolonialismus und der heutigen Weltwirtschaftsordnung zurückzuführen. Entsprechend verlagerte sich der Diskurs von „Entwicklungsländern“ zu „unterentwickelten Ländern“, deren Unterentwicklung als eine direkte Folge der Entwicklung der Industrieländer angesehen wurde. Die von der Weltsystemtheorie eingebrachten Begrifflichkeiten von „Metropolen und Satelliten“ sowie „Zentrum und Peripherie“ zeugen ebenso von einer dichotomen Sichtweise auf Entwicklungszusammenarbeit, die nach Auffassung der Dependenz- und Weltsystemtheoretiker genau das, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, eben nicht ist, sondern ein hierarchisches Abhängigkeitsverhältnis, dem durch selektive Abkopplung vom Weltmarkt entgegenzutreten ist.

In die **1970er** Jahre fällt dann auch der Versuch der postkolonialen Staaten sich von ihren ehemaligen Kolonialherren zu emanzipieren. In Anlehnung an den Dritten Stand im vorrevolutionären Frankreich setzte sich der Begriff der Dritten Welt für diejenigen Länder durch, die sich weder der kapitalistischen Ersten Welt noch der sozialistischen Zweiten Welt zugehörig fühlten und einen autozentrierten Entwicklungspfad anstrebten. Zwar kam es in der Folge zu einer Trendwende in der Geberpraxis – von Wirtschaftswachstum per se hin zu Ar-

mutsminderung durch Befriedigung von Grundbedürfnissen (basic needs approach) – , letztendlich gelang es den blockfreien Staaten aber nicht, sich mit ihrer Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ durchzusetzen. Stattdessen wurden sie von den beiden ideologischen Lagern mit Hilfe großzügiger Kredite umworben, was einerseits zu einem Anstieg der Entwicklungshilfe führte, andererseits aber auch ein entscheidender Grund für die Schuldenkrise der 1980er Jahre war.

Mit dem Regierungsantritt Margaret Thatchers 1979 in Großbritannien und Ronald Reagans 1981 in den USA holte der Neoliberalismus in den **1980er** Jahren zum großen Gegenentwurf aus. IWF und Weltbank erlegten den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern strikte Strukturanpassungsprogramme auf, die nicht selten zu schmerzhaften sozialen Einschnitten führten. Fortan waren Reduzierung von Staatsausgaben, Privatisierung von Staatsunternehmen und Deregulierung der Binnenmärkte die obersten Gebote der Stunde. Dabei wurde auf die südostasiatischen Tiger-Staaten verwiesen, denen es durch exportorientierte Industrialisierung gelungen war, zu den Industrieländern aufzuschließen. Es ist jedoch umstritten, ob diese Staaten ihren wirtschaftlichen Aufstieg wirklich dem von Washington propagierten neoklassischen Wachstumsmodell zu verdanken haben. In Anbetracht zunehmender Armut und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in den 1980er Jahren wird gar von einem verlorenen Jahrzehnt der Entwicklungspolitik gesprochen.

Die Abkehr vom Washington Konsens deutete sich bereits 1989 mit dem von den Vereinten Nationen eingeführten Index für menschliche Entwicklung (HDI) an, der bei der Bestimmung des Entwicklungsstandes eines Landes neben dem Einkommen auch Indikatoren zu Gesundheit und Bildung berücksichtigt. Im Laufe der **1990er** Jahre verlagerte sich die entwicklungspolitische Diskussion dann zunehmend von ökonomischen („get the prices right“) auf soziale, kulturelle und politische Gesichtspunkte („get the institutions right“). So hatte sich auch außerhalb der Institutionentheorie die Erkenntnis durchgesetzt, dass ohne stabile

und effektive (rechts-)staatliche Strukturen, Entwicklung – wie auch immer definiert – nur schwer möglich ist. In der Folge wurde die Vergabe von Entwicklungshilfe weniger an wirtschaftliche Strukturreformen als an gute Regierungsführung (good governance) geknüpft.

Die im September **2000** auf dem UN-Millenniumsgipfel formulierten Entwicklungsziele griffen den sogenannten Befähigungsansatz (capability approach) des Post-Washington Konsens weitgehend auf. Dabei fällt die Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2015 durchaus gemischt aus. Zwar konnte nur ein Teil der insgesamt acht Ziele erreicht werden, doch wurden trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erhebliche Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielt. Es erscheint jedoch fraglich, ob dieser Erfolg auch ohne die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 und der damit einhergehenden sicherheitspolitischen Begründung von Entwicklungspolitik möglich gewesen wäre. So wird Entwicklungspolitik heutzutage vermehrt als präventive Sicherheitspolitik begriffen, was ihr zu einer augenscheinlichen Aufwertung verholfen hat.

Mit der Formulierung von siebzehn nachhaltigen Entwicklungszielen im September **2015**, welche die bisherigen Millenniums-Entwicklungsziele teils ablösen, teils vollenden sollen, wurde wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit zum Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit für die nächsten fünfzehn Jahre erhoben. Ob es gelingen wird, die ehrgeizigen Zielvorgaben, wie die Beendigung extremer Armut, bis zum Jahr 2030 zu erfüllen, bleibt abzuwarten. Die derzeitige Flüchtlingskrise und die aufkommende Erkenntnis, dass diese nur durch die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Griff zu bekommen ist, könnte den nachhaltigen Entwicklungszielen allerdings zu einem ähnlichen Bedeutungsschub verhelfen wie der Krieg gegen den Terrorismus einst den Millenniums-Entwicklungszielen.

In diesem einleitenden Artikel wurde aufzuzeigen versucht, dass Theorie, Terminologie und Praxis in der Entwicklungszusammenar-

beit eng miteinander verwoben sind. Die dominanten theoretischen Sichtweisen spiegeln sich oftmals im terminologischen Sprachgebrauch und in der praktischen Umsetzung wider. Umgekehrt wirken (Fehl-) Entwicklungen in der entwicklungspolitischen Praxis auf die entwicklungstheoretischen Denkschulen zurück. Dementsprechend sollte Entwicklungszusammenarbeit als ganzheitliche Aufgabe betrachtet werden – nicht nur, wie im ursprünglichen Sinne, zwischen Geber- und Empfängerländern, sondern auch zwischen Entwicklungstheoretikern an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Entwicklungspolitikern in Ministerien und internationalen Organisationen und Entwicklungshelfern vor Ort.

Entwicklungszusammenarbeit in der Politikwissenschaft

Alexander Brand

Prof. Dr. Alexander Brand ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Hochschule Rhein-Waal. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und an der Technischen Universität Dresden tätig.

Entwicklungspolitik im Allgemeinen, und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Besonderen, gehören mitnichten zu den Steckenpferden der Politikwissenschaft, zumal der deutschen. Dies mag überraschen, wie Paul Kevenhörster und Dirk van den Boom in ihrem knappen Überblicksband² einfürend bemerken, denn die öffentliche Aufmerksamkeit, die „Entwicklungsfragen“ zuteilwird, ist keineswegs zu vernachlässigen. In der deutschen Politikwissenschaft dagegen könne man, so die beiden Autoren, „die ‚Entwicklungsfans‘ an der sprichwörtlich ‚einen Hand‘ abzählen“; ist man an Entwicklungspolitik interessiert, müsse man sich damit abzufinden, „als Exot zu gelten“ und keineswegs dürfe man hoffen, in seiner akademischen *peer community* immer „ernst genommen zu werden“.³ Auch wenn diese Darstellung den Sachverhalt zugegebenermaßen zugespitzt formuliert, teile ich die Auffassung, dass die Politikwissenschaft – die deutsche wie auch Teile der internationalen – ein mitunter schwieriges Verhältnis zum Themenfeld Entwicklungspolitik bzw. zur EZ pflegt. Das hat aus meiner Sicht mindestens drei Ursachen.

Erstens, „Entwicklungsfragen“, und mehr noch: die EZ!, scheinen in semantischer, bisweilen auch konzeptioneller Hinsicht politikwissenschaftliche Interessen nur schwerlich zu bedienen. Wo a priori von „Zusammenarbeit“ die Rede ist und Definitionen gemeinsame, geteilte Interessen, die auf kooperativem Wege bedient werden, zentral stellen, es zudem eine Art übergreifenden normativen Konsens über die prinzipielle Wünschbarkeit von

„mehr“ Entwicklung zu geben scheint, da steht die Politikwissenschaft mit all ihrer Aufmerksamkeit für Machtgefälle, Interessendivergenzen, Durchsetzungschancen und insgesamt: Machtdynamiken zunächst etwas ratlos da. Wo sind die *politics*, wo ist das aneinander Abarbeiten, wo ist das mühsame Ringen um Kompromisse, wo ist die Fragilität von vereinbarten Regeln und das Recht des Stärkeren, das es auch einmal zu bändigen gilt?

Eine Konsensdefinition von EZ postuliert so, dass es sich bei ihr maßgeblich um jene Kooperation handele, mit deren Hilfe ärmere Länder in deren Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Fortschritte auf partnerschaftlichem und regelgeleitetem Wege⁴ unterstützt werde. Ist das noch „Politik“? Politikwissenschaft, dort, wo sie sich für Machtdisparitäten im globalen Maßstab oder Machtverschiebungen (*power transition*) interessierte oder dies heutzutage tut, hatte zwar weniger Probleme damit, einen Nord-Süd-Konflikt zu analysieren oder, in jüngerer Zeit, die „neuen Schwellenländer“ und deren Machtambitionen und -möglichkeiten im internationalen System unter die Lupe zu nehmen. Mittelbar schwingen dort freilich auch „Entwicklungsdynamiken“ (*emerging markets!*) mit. Aber Entwicklungspolitik als solche, EZ als wichtiges Themenfeld in diesem Zusammenhang?

Zumal festzuhalten bleibt, dass Entwicklungspolitik zwar von je her als Interessenpolitik betrieben, aber wesentlich seltener auch als solche thematisiert wurde.⁵ Die eingangs angesprochenen „Entwicklungsfans“ unter den Politikwissenschaftlern mögen hier vehement und völlig zu Recht einwenden, dass gerade Entwicklungsfragen in Debatten münden, Entwicklungsstrategien umstritten sind, entwicklungspolitische Zusammenhänge extrem vermachtete Felder darstellen usw. Allein: Man durchforste die jüngeren Jahrgänge der einschlägigen politikwissenschaftlichen Zeitschriften – im deutschen Kontext wären das

⁴ Vgl. Stephan Klingebiel (2013): *Entwicklungszusammenarbeit – Eine Einführung*, DIE-Studie No. 73, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, hier: S. 5-6.

⁵ Vgl. dazu die umfangreicheren Überlegungen in: Alexander Brand (2007): ‚Entwicklungspolitik ist *Interessenpolitik*‘, in: ders. und Arne Niemann (Hg.): *Interessen und Handlungsspielräume in der deutschen und europäischen Außenpolitik*, Dresden: TUD-press, 41-58.

² Paul Kevenhörster/Dirk van den Boom (2009): *Entwicklungspolitik*, Wiesbaden: VS-Verlag, hier: S. 9.

³ Ebd., S. 11-2.

etwa die PVS (Politische Vierteljahresschrift) oder die ZIB (Zeitschrift für Internationale Beziehungen) – und interessiere sich für Themenschwerpunkte und -konjunkturen. Überbordend werden die Beiträge zu entwicklungspolitischen Fragen inkl. EZ als Handlungsfeld nicht sein.

Zweitens, die Natur des Themas „Entwicklung“ weist dieses, im besten Sinne, als *interdisziplinäres* Forschungsfeld aus. Dies ist, betrachtet man mit Andy Sumner und Michael Tribe „International Development Studies“⁶ aus der Perspektive der angesprochenen Zusammenhänge und der an den Debatten beteiligten Wissenschaftler, auch nur allzu verständlich. Multi-, inter- oder transdisziplinär gedacht: „Entwicklung“ – damit auch die Kooperation im Entwicklungsbereich – tangiert ökonomische, politische, soziale und eine Vielzahl weiterer Aspekte. Ob Ökonomen, Politologen, Soziologen und Sozialanthropologen sich dabei bisweilen auf einen gemeinsamen Zugang einigen können, oder ob gerade aus einer Vielzahl der Betrachtungswinkel ein produktiver Dialog entsteht, sei anheimgestellt. Fakt ist: durchaus verschiedenartige methodologische Präferenzen, konkurrierende Ontologien und Wahrheitsansprüche ebenso wie der Fakt, dass das Berufsfeld „Entwicklungskooperation“ nach wie vor oftmals von Ökonomen bzw. deren Wissensformationen dominiert wird, weisen es als nachrangig karrieretauglich für PolitologInnen aus.

Selbst wenn man unterstellte, dass „Politik“ mit Aristoteles als sozialwissenschaftliche Königsdisziplin gelten könne (Politikwissenschaftler unterliegen bisweilen diesem Glauben), ist damit überhaupt nicht geklärt, wie man „Entwicklungspolitik“ als zuvörderst politische Angelegenheit denn nun analysieren sollte. Als eigenes, internationales Politikfeld, als Funktionalzusammenhang mit eigenen Akteurskonstellationen und -dynamiken? (= Internationale Beziehungen) Als im Zeitverlauf oder Ländervergleich zu betrachtende verschiedenartige Ausgestaltungen eines zunächst nationalen Politikfelds, das sich auf auswärtige Zielgebiete bezieht? (= Kompara-

tistik⁷) Als Teilgebiet der „Außenpolitik“ (= Außenpolitikanalyse) oder gar untergeordnetes Aktionsfeld der Außenwirtschaftspolitik? Man sollte solcherart Schwierigkeiten in der Verortung nicht unterschätzen, wenn es darum geht, die differierenden Aufmerksamkeitshorizonte von Wissenschaft zu erklären.

Drittens, all die *policy*-orientierte Literatur im Entwicklungsbereich, all die Grundlagenforschung, die in *Thinktanks* wie etwa dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) geleistet wird, all die regionalspezifische Expertise, die von Institutionen wie dem GIGA (German Institute of Global and Area Studies) bereit gestellt wird, sollte nicht den Blick auf Folgendes verstellen: Eine institutionelle Heimstatt findet „Entwicklungspolitik“, findet EZ, finden Entwicklungsdebatten in der Politikwissenschaft im engeren Sinne nur in eingeschränktem Maße.

Der argumentative Schlagabtausch, der in einschlägigen deutschen Zeitschriften wie „D+C: Entwicklung und Zusammenarbeit“, „Peripherie“ oder dem „Journal für Entwicklungspolitik“ erfolgt, findet eher parallel zu den Fachdiskussionen in den seitens der DVPW (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft) und ihrer Sektionen herausgegebenen Periodika statt. Wenn man ehrlich ist, hält sich die wechselseitige Befruchtung auch international in Grenzen. Dies gilt, wie wohl die von der *International Studies Association* herausgegebenen *flagship journals*⁸ und andere renommierte politikwissenschaftliche Zeitschriften mitunter Themen und Beiträge aufgreifen, die auch in *Third World Quarterly*, dem *European Journal of Development Research* oder dem *Journal of International Development* hätten erscheinen können.

Andererseits: Die einschlägige Sektion der ISA (der größten internationalen Fachorganisation im Bereich „Internationale Studien“ mit insgesamt über 6200 Mitgliedern), die *Global Development Section*, ist mit knapp 500 Mitgliedern vergleichsweise breit aufgestellt. Sie ist dabei allerdings ganz bewusst multidisziplinär

⁶ Vgl. Andy Sumner/Michael Tribe (2008): *International Development Studies. Theories and Methods in Research and Practice*, London etc.: Sage, hier v.a. S. 31-79.

⁷ Vgl. dazu u.a. Christof Hartmann (2015): ‚Entwicklungspolitik in der Vergleichenden Politikwissenschaft‘, in: Hans-Joachim Lauth et al. (Hg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Springer Online.

⁸ Vgl. die Übersicht hier: <http://www.isanet.org/Publications>.

ausgerichtet und gerade keine rein politikwissenschaftliche Veranstaltung. Vergleicht man sie mit einer inhaltlich ähnlichen, tendenziell aber stärker politologisch orientierten Sektion der ISA, etwa *Foreign Policy Analysis* (knapp 900 Mitglieder), bekommt man ein Gefühl für Größenverhältnisse und disziplinäre Aufmerksamkeiten. Die DVPW als zentrale politikwissenschaftliche Fachorganisation im deutschen Raum hat demgegenüber 1700 Mitglieder, von denen sich ca. 140 der Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“ zuordnen, und das zunächst maßgeblich durch Eintrag auf dem sektionsweiten e-mail-Verteiler.⁹ Solche Sachverhalte festzustellen, bedeutet dabei weniger ein Lamento oder den indirekten Versuch, die eigene Forschungsagenda – als „Entwicklungsfan“ & Politologe – aufzuwerten. Man muss einfach nüchtern konstatieren, dass es in der Politikwissenschaft sicherere Karrierepfade gibt als einem Interesse an Entwicklungspolitik, auch und gerade den Widersprüchen und Machtaspekten von EZ, nachzugehen. Vielleicht ist dies auch Ansporn, die Politikwissenschaft stärker an einschlägige thematische Zusammenhänge zu erinnern und dafür zu sorgen, dass in einer kommenden Auflage des Einführungsbuches von Kevenhörster und van den Boom nicht mehr lakonisch Folgendes konstatiert werden kann: Zwar gäbe es nur wenige Entwicklungsexperten in der (deutschen) Politikwissenschaft, dies hindere aber kaum einen der dort versammelten Politologen daran, „auf einer mehr oder manchmal weniger informierten Basis trotzdem zu [entwicklungspolitischen] Fragen Stellung zu nehmen.“¹⁰

⁹ Private Korrespondenz mit dem Sprecher der Sektion, Aram Ziai.

¹⁰ Kevenhörster/van den Boom (FN 1), S. 11.

Ausgewählte entwicklungspolitische Studiengänge im deutschsprachigen Raum

Jakob Lempp und Sofia Grau

Prof. Dr. Jakob Lempp ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve.

Sofia Grau studierte Journalismus in Valladolid (Spanien). Sie war für eine italienische Nicht-regierungsorganisation im EZ-Bereich tätig und studiert derzeit an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve International Relations.

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sind keine klassischen Bachelor- oder Master-Studienfächer. Vielmehr absolviert, wer sich beruflich in die Entwicklungszusammenarbeit entwickeln will, häufig ein reguläres Fachstudium, etwa in Medizin, Maschinenbau, Romanistik oder Politikwissenschaft. Denn so vielfältig wie die Anforderungen im beruflichen Alltag der Entwicklungszusammenarbeit sind, so vielfältig sind auch die akademischen und nicht-akademischen Biografien der in diesem Feld Tätigen.

Und dennoch entstehen im deutschsprachigen Raum – nicht zuletzt ausgelöst durch die Ausdifferenzierung der Masterstudiengänge im Kontext des Bologna-Prozesses – immer mehr Studiengänge, die sich ausschließlich oder hauptsächlich entwicklungspolitischen und entwicklungsökonomischen Fragestellungen widmen. Gemeinsam ist allen hier vorgestellten Masterstudiengängen ihre interdisziplinäre Ausrichtung, wobei meist Lehrinhalte aus den folgenden Disziplinen verknüpft werden: Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft, Betriebswirtschaftslehre und Management, Anthropologie, Soziologie und Geografie. Häufig werden diese Grundlagenfächer zudem mit Methodenfächern und Spezialisierungsfächern kombiniert. In einigen Fällen kommt noch ein obligatorisches Praktikum hinzu.

Der **Masterstudiengang „Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit“ an der Technischen Universität Kaiserslautern** ist als Fernstudium über vier Semester angelegt und rich-

tet sich insbesondere an Menschen, die bereits Praxiserfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit gesammelt haben. Inhaltlich deckt das Programm vor allem entwicklungspolitische Themenfelder ab, es werden aber auch praxisnahe Module wie Projektmanagement und Evaluation und spezifischere Vertiefungsfächer, etwa im Bereich der Ernährungssicherheit und dem Wassermanagement angeboten.

Der **Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ an der Universität Duisburg-Essen** ist auf vier Semester angelegt. Nach einer Einführung in die Internationalen Beziehungen fokussiert der Studiengang auf Global Governance, Friedens- und Konfliktforschung und die entwicklungspolitische Praxis. Besonderheiten sind die regionale Schwerpunktsetzung auf Ostasien und Afrika südlich der Sahara sowie ein verpflichtender achtwöchiger Auslandsaufenthalt. Ebenfalls an der Universität Duisburg-Essen kann der englischsprachige Masterstudiengang „Development and Governance“ studiert werden, der sich primär an Studierende aus Entwicklungsländern richtet und der in Kooperation mit Partnern aus der Entwicklungszusammenarbeit, etwa dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) durchgeführt wird.

Der viersemestrige **Masterstudiengang „Gesellschaften, Globalisierung und Entwicklung“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn** hebt seit 2009 stark auf interkulturelle Kompetenzen als notwendige Kompetenz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ab. Besonderheit dieses Studiengangs ist die eher soziologische Ausrichtung mit starker forschungsmethodischer Schwerpunktsetzung sowie die Einbindung des Zentrums für Entwicklungsforschung. Zielgruppen sind auch hier sowohl akademisch Interessierte als auch Menschen, die eine Tätigkeit in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit anstreben.

An der **Ruhr-Universität Bochum** kann der viersemestrige **Masterstudiengang „Development Management“** studiert werden. Auffällig ist der überwiegend praxisorientierte Fo-

kus: Es gibt Module in den Bereichen „Projektmanagement“, „Wirtschaftliche Bewertungsmethoden“, „Finanzverwaltung“ und „Verwaltung“. Die Studierenden werden sehr praxisnah in der Planung, dem Monitoring und der Evaluation von Entwicklungsprojekten geschult.

Ein interdisziplinärer **Masterstudiengang „International Development Studies“** kann an der **Philipps-Universität Marburg** studiert werden. Im Zentrum steht die kritische Analyse von Entwicklung aus unterschiedlichen Fachperspektiven. Aber auch praxisorientierte Module und ein Berufspraktikum sind Teil des Programms. Der Studiengang wird in deutscher und englischer Sprache gelehrt.

Die **Georg-August-Universität Göttingen** bietet den **englischsprachigen Masterstudiengang „Development Economics“** an. Spezifikum dieses interdisziplinären Programms ist, dass hier neben der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät das Department Agrarökonomie und rurale Entwicklung beteiligt ist. Der forschungsorientierte viersemestrige Masterstudiengang enthält folglich eine starke agrarökonomische Komponente.

An der **Hochschule Rhein-Waal in Kleve** wird der **dreisemestrige MA-Studiengang „Sustainable Development Management“** angeboten. Bei Bedarf kann der Studiengang auch in vier Semestern studiert werden. Nach der Vermittlung von fortgeschrittenen volkswirtschaftlichen und politikwissenschaftlichen Zugängen zum Thema nachhaltiger Entwicklung sowie empirischen Methodenfertigkeiten werden konkrete Projektmanagement- und Evaluierungstechniken erlernt. Der Studiengang wird – wie die meisten BA- und MA-Studiengänge an der Hochschule Rhein-Waal – in englischer Sprache unterrichtet und richtet sich sowohl an deutsche Studierende als auch an Professionals aus dem Ausland.

Den **Masterstudiengang „International and Development Economics“** bietet die **Hochschule für Wirtschaft und Technik Berlin** an. Der Studiengang dauert insgesamt 18 Monate und umfasst hauptsächlich wirtschaftswissenschaftliche und methodisch ausgerichtete

Module. Ein umfangreicher Wahlpflichtkatalog ermöglicht eine individuelle Schwerpunktsetzung.

Einen **Master of Science „Sustainable Development“** kann man an der **Karl-Franzens-Universität Graz** in Kooperation mit sieben weiteren Partnerhochschulen als Joint International Programme studieren. Das zweijährige Vollzeitprogramm in englischer Sprache umfasst auch ein obligatorisches Auslandssemester an einer Partneruniversität. Inhaltlich geht es um die Anwendung entwicklungsbezogener Ansätze in unterschiedlichen Kontexten, wobei ein Schwerpunkt auf umweltwissenschaftlichen Themen liegt.

Ebenfalls eine etwas stärker technischnaturwissenschaftliche Ausrichtung hat der **Master of Science in „Sustainable Development, Management, and Policy“** an der **MODUL University in Wien**. Das Thema Nachhaltigkeit wird in diesem Zweijahresprogramm aus verschiedenen disziplinären Perspektiven beleuchtet. Ziel ist es, die Studierenden zu befähigen, nachhaltige Entwicklungsstrategien sowohl auf nationaler und regionaler als auch auf lokaler Ebene zu entwickeln. Die MODUL University Wien ist eine private Universität, für einen zweijährigen Vollzeitstudiengang werden derzeit 24.000 € an Studiengebühren fällig. Ebenfalls an der MODUL University in Wien kann ein MBA mit einem Schwerpunkt in „Public Governance and Sustainable Development“ studiert werden.

An der **Universität Wien** kann der **deutschsprachige Masterstudiengang „Internationale Entwicklung“** studiert werden. Der forschungsorientierte und transdisziplinär aufgebaute Studiengang soll eine kritische Auseinandersetzung mit Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen. Es werden aber auch anwendungsbezogene Studieninhalte vermittelt. Durch drei umfangreiche Vertiefungsmodule wird eine individuelle Schwerpunktsetzung ermöglicht.

Das **Graduate Institute Geneva** bietet den **Masterstudiengang „Development Studies“** an. Der Studiengang an dem renommierten Genfer Institut bietet ein interdisziplinäres

Studienprogramm, das auch anthropologische, soziologische, historische und völkerrechtliche Schwerpunktsetzungen erlaubt. Aus verschiedenen Perspektiven werden dabei die drei Bereiche Peacebuilding, Sustainability und Human and Social Development betrachtet.

Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich bietet den Masterstudiengang (MAS) „Entwicklung und Zusammenarbeit“ an. Der Studiengang besteht aus einem Studiensemester, einem voll finanzierten acht- bis zehnmonatigen Projekteinsatz sowie einem Vertiefungssemester mit einer individuellen Schwerpunktsetzung. Ziel ist es, die Absolventen auf eine Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit vorzubereiten.

Insgesamt zeigt die Übersicht deutlich, dass die Auswahl an spezifischen auf Entwicklungszusammenarbeit hin ausgerichteten Studiengängen im deutschsprachigen Raum noch eher überschaubar ist. Es fällt immerhin auf, dass die Anzahl der Studienmöglichkeiten in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Nach wie vor scheint aber der Großteil der in der Entwicklungszusammenarbeit Beschäftigten auf anderen Wegen qualifiziert zu werden als einem Masterstudiengang mit Entwicklungsfokus.

Die Vietnamesisch-Deutsche Universität als Instrument zur Kapazitätsentwicklung im vietnamesischen Hochschulsektor

Oliver Serfling

Prof. Dr. Oliver Serfling ist Professor für Wirtschaftspolitik und Entwicklungsökonomik an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve. Dort leitet er den Master-Studiengang „Sustainable Development Management“. Zuvor arbeitete er zunächst ab 2009 als Berater für die Beantragung eines 180 Mio. US-Dollar umfassenden Weltbank-Kredites für den Bau der Vietnamesisch-Deutschen Universität (VDU), bevor er anschließend vor Ort in Funktion des Head of Finance die Finanz- und Personalabteilung und den Einkauf der Universität aufbaute und leitete. In zweiter Funktion verantwortete er als Vize-Direktor der Projektmanagement-Einheit den darüber hinaus gehenden Aufbau der akademischen und Verwaltungsstrukturen der Universität bis Anfang 2013.

Hintergrund

Bildung genießt in Vietnam traditionell einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Der konfuzianischen Tradition folgend nahm der Meister oder Lehrer eine höhere Stellung ein als die eigenen Eltern und stand nur eine Stufe unterhalb des Königs. Bildung wurde dabei schon immer auch als wettbewerbliches Differenzierungs- und Selektionsmittel genutzt. Bereits in der Lý-Dynastie des 11. Jahrhunderts wurden die Beamten (Mandarine) auf der Grundlage ihres Abschneidens in wettbewerblichen Examina ausgewählt. Der 1070 erbaute Literaturtempel in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi ist steinerner Zeuge dieser Bildungsphilosophie und war die erste Akademie des Landes. Dieser wettbewerbliche Ansatz und das Verständnis nahezu aller Eltern, ihren Kindern unter großen finanziellen Anstrengungen die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen, haben sich in der modernen Gesellschaft und der kommunistischen Staatsform fortgesetzt und sind konstitutive Säulen des vietnamesischen Bildungsmarktes.

Doi Moi Politik und Wachstum

In der Folge des Übergangs von einer Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ im Rahmen des Programms der „Erneuerung“ (doi moi) ab dem Jahre 1986, erlebte Vietnam einen beachtenswerten Aufschwung. So lag das Wirtschaftswachstum seit den 1990er Jahren bei durchschnittlich knapp 7% jährlich (pro Kopf: 5,3% p.a.) und auch in der Armutsbekämpfung wurden eindrucksvolle Erfolge erzielt. Die absolute Armut (bei einer Armutsschwelle von 1,90 US-Dollar (PPP) pro Tag) sank von 49,2 Prozent im Jahre 1992 auf 3,2 Prozent im Jahre 2012¹¹. Parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung vollzog sich auch eine gewünschte Bildungsexpansion, auch im tertiären Bereich. So erhöhten sich die Immatrikulationsraten von unter 2% der relevanten Altersgruppe Anfang der 1990er Jahre auf knapp 25% im Jahre 2014. Im Gegensatz zu dieser quantitativen Ausweitung der Hochschulausbildung konnte die Qualität der Colleges und Universitäten den gestiegenen Ansprüchen einer spätestens seit dem WTO-Beitritt 2007 international integrierten, exportgetriebenen Volkswirtschaft nicht mithalten. Ein häufiger Vorwurf der Partei und Öffentlichkeit gegenüber den Hochschulen des Landes ist, dass die Curricula und Lehrmethoden veraltet, die Lektoren keine Forschungserfahrung hätten, in den angewandten Wissenschaftsdisziplinen kein Praxisbezug herrsche, kurzum die Hochschulen den Kontakt mit der Realität verloren hätten.

Ein Vertreter der American Chamber of Commerce (AmCham) brachte es in einem Interview im vietnamesischen Staatsfernsehen einmal sinngemäß wie folgt auf den Punkt: Er sei ja erfreut darüber, dass die vietnamesischen Universitäten jedes Jahr rund 100.000 Ingenieure graduierten, jedoch könnten zumindest die internationalen Unternehmen im Lande mit diesen Absolventen nur wenig anfangen.

Als Antwort auf die lauter werdende Kritik beschloss die Regierung die Higher Education Reform Agenda (HERA) für die Jahre 2006 – 2020. Deren grundlegendes Ziel ist nichts geringeres als fundamentale Änderungen im

¹¹ World Bank Group (ed.). (2014). *World development indicators 2014*. World Bank Publications.

tertiären Bildungssektor im Hinblick auf Qualität und Größe, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Institutionen und des Systems insgesamt, sowie die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen mit dem Ziel die Effizienz des Sektors zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund sollten die Universitäten in die Lage versetzt werden, die ambitionierten sozio-ökonomischen Entwicklungsziele des Landes (u.a. niedergeschrieben im socio-economic development plan 2006-2010, SEDP) zu erreichen.

Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Reformagenda erfolgte dabei in 3 Fünfjahresplänen: Zwischen 2006 und 2010 sollten zunächst die Curricula und Lehrmethoden angepasst werden, 2011 bis 2015 zielten die Reformen auf die ausreichende Bereitstellung qualifizierter Lehrkräfte und Hochschuladministratoren und in der Schlussphase 2016-2020 soll die internationale Vernetzung des tertiären Bildungssektors vorangetrieben und schließlich die Wettbewerbsfähigkeit in der Region verbessert werden.

Als ein Instrument zur Erreichung der qualitativen Ziele der HERA hat die Regierung vier New Model University Projects (NMUPs) initiiert, bei der je ein befreundetes Land eingeladen wurde, eine Modelluniversität nach dem Vorbild des Heimatlandes in Vietnam zu etablieren. Als erstes wurde im Jahre 2007 eine Kooperation mit dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen, um eine Universität mit Fokus auf Ingenieurs- und Naturwissenschaften in der Nähe von Ho-Chi-Minh Stadt – dem vormaligen Saigon – zu eröffnen. Es folgte ein Abkommen mit Frankreich für ein ähnliches Projekt nahe Hanoi. Für die beiden weiteren Projekte wurden Gespräche mit den USA, Japan und Großbritannien geführt, die Projekte sind aber bis dato nach Kenntnis des Autors noch nicht realisiert worden.

Die Vietnamesisch-Deutsche Universität (VDU)

Im Jahr 2008 wurde der ehemalige Präsident der Fachhochschule Frankfurt, Prof. Wolf Rieck, zum Gründungspräsidenten der Vietnamesisch-Deutschen Universität (VDU) ernannt und ein Übergangsgebäude auf dem Campus der Vietnamesischen-Nationalen Uni-

versität im Thu Duc District vor den Toren Ho Chi Minh-Stadts hergerichtet. So konnte die Universität zum Wintersemester 2008/2009 mit 35 Studierenden des Bachelorstudiengangs Electrical Engineering die Pforten öffnen. Nun begann die eigentliche Arbeit. Die Planung und Finanzierung einer Forschungsuniversität mit im Endausbau bis zu 12.000 Studierenden, Laboren und Versuchshallen auf internationalem Niveau, und der Aufbau einer modernen Hochschulverwaltung nach neuesten internationalen Standards. Zur Finanzierung des Campusneubaus wurde ein Weltbankkredit im Umfang von 180 Mio. US-Dollar (zuzüglich eines Eigenanteils der Vietnamesischen Regierung von 20 Mio. USD) beantragt¹². Parallel dazu wurde von der Regierung ein 50 ha großes Grundstück in der südvietnamesischen Provinz Binh Duong, rund 45 Minuten nördlich von Ho Chi Minh-Stadt gelegen, für den Bau zur Verfügung gestellt. In der Folge der Bewilligung des Weltbankkredites im Mai 2010 galt es, ein Projektmanagement-Team an der VDU, die bis dahin vier Festangestellte Mitarbeiter zählte, aufzubauen. Um die ehrgeizigen quantitativen Entwicklungsziele von rund 2.000 Studierenden bis zur avisierten Fertigstellung des Campus erreichen zu können, mussten neben der Vermarktung der Studienplätze in den bestehenden Studiengängen auch jedes Jahr weitere, neue Studiengänge eingerichtet werden. Zur Sicherung der Qualität in der Lehre von Beginn an auf internationalem Niveau, entschied man sich für ein „Flying Faculty“-Konzept, bei dem Professoren der deutschen Partneruniversitäten jeweils für ein durchschnittlich zweiwöchiges Blockseminar nach Vietnam flogen, um die Studierenden zu unterrichten. Zwischen den einzelnen Blockveranstaltungen übernahmen Ortskräfte das Unterrichten der Grundlagenfächer: Mathematik, Physik und Englisch, welches die Unterrichtssprache an der VDU ist. Auch in der Verwaltung setzte die VDU von Anfang an auf neueste internationale Standards. So wurde im Rechnungswesen seit Beginn eine Kosten- und Leistungsrechnung ein-

¹² World Bank (2010). Project Appraisal Document on a proposed credit in the amount of SDR 119.4 Million (US\$ 180.4 Million equivalent) to the Socialist Republic of Vietnam for a New Model University Project. Report No. 54570-VN. Washington.

geführt. Obwohl die VDU bedingt durch Ihre verschiedenen Geldquellen und -geber (Hessen, Bund, vietnamesische Regierung, Weltbankkredit und eigene Einnahmen) mit unterschiedlichsten Rechnungslegungssystemen und Berichtswesen konfrontiert war, war sie alsbald die erste und einzige vietnamesische staatliche Universität, welche die Vollkosten eines Studienplatzes nach Studiengängen gliedert beziffern konnte. Zudem wurden Richtlinien für das Personalwesen und den Einkauf entwickelt, mit dem Ziel, der im Land weitverbreiteten und gesellschaftlich weitgehend akzeptierten Korruption an der VDU kein Einfallstor zu bieten. (Vietnam liegt im Corruption Perceptions Index von Transparency International (TI) auf Platz 119 von 175¹³. Gemäß des TI-Global Corruption Barometers 2013 gehört der Bildungssektor zu den am meisten von Korruption betroffenen Sektoren. Auf einer 5er-Skala (mit der Ausprägung 5 = extrem korrupt) liegt Bildung im Durchschnitt bei 3,5 und das wahrgenommene Ausmaß der Korruption hat sich zwischen 2010 und 2013 verstärkt¹⁴). Die Einführung eines modernen Dokumenten- und Workflowmanagementsystems komplettierte die Bemühungen, eine moderne Verwaltung aufzubauen.

Ein bedeutender Schritt hin zu einem neuen Modell gelang mit der Verabschiedung eines Haustarifes für das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal, angelehnt an den deutschen Tarifvertrag der Länder (TV-L). Zudem zahlte dieser Tarif erstmals akzeptable Gehälter, von dem die Mitarbeiter leben konnten, und bot darüber hinaus Flexibilität für Funktionszulagen und erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile. Bis anhin waren die offiziellen Löhne der vietnamesischer Universitäten so gering, dass die Mitarbeiter zumeist nur über Zweit- und Drittjobs oder sonstige – hier nicht näher auszuführenden – Aktivitäten ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Das hatte zur Folge, dass die fähigsten Wissenschaftler den Hochschulsektor, wenn nicht sogar das Land verließen. Mit dem neuen

Haustarif stand der Gewinnung qualifizierten Personals nun nichts mehr im Wege.

Herausforderungen

Es zeigte sich jedoch sehr schnell, dass der Reformeifer der VDU nicht überall und ausschließlich auf Gegenliebe traf. So galt es zum einen, die vietnamesischen Mitarbeiter, die in einem anderen Wissenschaftssystem sozialisiert wurden, mit auf den Weg zu nehmen und Offenheit für Neues einzufordern. Dies gelang zum einen mit jungen Mitarbeitern, die bereits aus Studium oder vorherigem Job Auslandserfahrungen, insbesondere aus Deutschland oder Europa, mitbrachten, besonders gut. Dennoch gab es neben vielen interkulturellen Missverständnissen auch immer wieder Innovationswiderstände. Zum anderen wurde offensichtlich, dass die übergeordnete Behördenebene mitunter nicht den gleichen Reformeifer entwickelte wie die obere Ministerial- und Regierungsebene. Schnell wurde klar, dass es für die VDU keinen regulatorischen Sonderweg geben würde und sie ihren Reformansatz im Rahmen des bestehenden Dickichts an Gesetzen, Regierungsdekreten und Erlassen, welche auch für alle anderen rund 420 vietnamesischen Hochschulen gelten, umsetzen werden müsste. Dies schien ein aussichtsloses Unterfangen. In der Folge orientierte man sich stärker an den in der Charter der VDU – ein Dokument immerhin im Range eines Erlasses des Premierministers – verbrieften Autonomierechten. So schaltete die VDU im Jahre 2010 ihren Bachelorstudiengängen erstmals eine hochschuleigene Aufnahmeprüfung vor und zog sich aus dem System der nationalen einheitlichen Aufnahmeprüfung ein Stück zurück. Dieser Schritt sorgte zunächst für sprachloses Staunen und darauf folgend bissige inhaltliche Kritik. Sie führte im Ergebnis jedoch zu einer deutlich höheren Qualität der Studienbewerber im Hinblick auf ihre Studierfähigkeit. Heute führt mindestens eine weitere Universität ihre eigenen Aufnahmeprüfungen durch und das 2012 erlassene Hochschulgesetz des Landes sieht das Instrument der universitätseigenen Aufnahmeprüfung ausdrücklich vor.

Lernprozesse wurden auch der deutschen Seite abverlangt. Von der Idee, man kopiere einfach die Blaupause einer erfolgreichen

¹³ Transparency International (2014). Corruption Perceptions Index 2014. Berlin

¹⁴ Transparency International (2013). Global Corruption Barometer 2013 – Views and Experiences from Vietnamese Citizens. Berlin;

deutschen Technischen Universität, musste man sich schnell verabschieden. Die Vorstellung, der vietnamesische Bildungsmarkt warte nur auf eine deutsche exzellente Ingenieurausbildung, denn der Bedarf an guten Ingenieuren war im Land ja mit den Händen zu greifen, wurde schnell erschüttert. Das Gegenteil war der Fall. Zwar genießt die deutsche Technik und Ingenieurskunst auch in Vietnam hohes Ansehen, wenn es aber konkret um die eigene Berufswahl geht, geben mehr als 50% der Schulabgänger an, sie wollten Manager oder Unternehmer werden. Ingenieure rangieren hingegen nicht hoch in der Anerkennung und folglich ist es schwierig, junge Menschen für die Aufnahme eines Ingenieurwissenschaftlichen Studiums zu finden. Diese Herausforderung wird im Masterbereich dadurch verstärkt, dass nach vietnamesischem Verständnis das Studium mit einem Bachelor-Abschluss beendet ist. Für viele junge Vietnamesen folgen dem Bachelor-Studium der Berufseinstieg und die Phase der Familiengründung. Dies bedeutet für Master-Studiengänge, dass diese fast nur als berufsbegleitende Abendangebote auf eine Nachfrage treffen. Dies ist mit den deutschen Vorstellungen an ein qualitativ hochwertiges Studium weitestgehend unvereinbar.

Erschwerend kommt hinzu, dass Studiengebühren in Südostasien und auch im kommunistischen Vietnam einen deutlichen Anteil zur Finanzierung einer Universität beitragen. Den relativ hohen Kosten der VGU (Flying-Faculty und angemessener Haustarif) standen nun auch relativ geringe Einnahmen gegenüber – eine Situation die nur durch das großzügige und beständige finanzielle Unterstützung des Landes Hessen, des Bundes (und von 2009-2012 in kleinerem Umfang des Landes Baden-Württemberg) gemeistert werden konnte.

Auch das Ziel, Drittmittel durch Kooperationen mit der Wirtschaft einzuwerben, war schwerer zu erreichen als ursprünglich erhofft. Zwar wurde rasch ein sehr guter Kontakt insbesondere zur deutschen Wirtschaft in Vietnam etabliert. Jedoch waren viele Unternehmen der volkswirtschaftlichen Struktur folgend eher auf die Produktion denn auf Forschung und Entwicklung ausgelegt. Dementsprechend waren die Ansatzpunkte für Forschungsk Kooperationen zunächst rar. Dennoch wurde die

VGU in Bezug auf Finanzierung von Stipendien und auch weiteren Sach- und Geldspenden großzügig bedacht.

Kapazitiver Effekt der VDU

Die Gründung der VDU war kein Selbstzweck, sondern verfolgte – dem Konzept des ‚capacity development‘ folgend - das Ziel, in dem Land zwischen Rotem Fluss und Mekong das deutsche Modell einer forschungsstarken technischen Universität zu demonstrieren und daran zu lernen, welche Aspekte in Vietnam funktionieren würden und welche auf die regionalen Gegebenheiten angepasst werden müssten. Die VDU ist die erste Universität des Landes, die eine weitreichende Autonomie in Bezug auf die Organisation von Lehre, Forschung und Verwaltung genießt. Ganz nach dem Vorbild deutscher Universitäten wurde ein Universitätsrat eingerichtet, der ähnliche Aufgaben und Befugnisse hat: Festlegung langfristiger Strategien und Entwicklungspläne, Ernennung des Universitätspräsidenten, Genehmigung von Studiengängen und Verabschiedung des Wirtschaftsplanes. Die Zusammensetzung des 20-köpfigen Gremiums erfolgte paritätisch deutsch-vietnamesisch und umfasst Mitglieder aus Ministerien, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenngleich sich dieses Gremium, auch der großen Distanz geschuldet (zu einer Sitzung müssen mindestens 10 Mitglieder aus 10.000km Entfernung anreisen), zunächst sehr schwerfällig agierte, entwickelte es sich jedoch zum zentralen Ort zur Schaffung eines grenzübergreifenden Verständnisses für die unterschiedlichen Systeme und Problemlagen.

Die VDU war nicht nur die erste New Model University, sie war auch Wegbereiter im engeren Sinne. So wurden viele der an der VDU erstmals entwickelten Bestimmungen und Regierungsentscheidungen dann auch auf das französische Schwesterprojekt in Hanoi angewendet. Auch die Durchführung eines offenen Architektenwettbewerbes für die Bebauung des Campus war im öffentlichen Bau Vietnams ein Novum und könnte bei ordentlicher Durchführung künftig die Korruption im Bausektor eindämmen helfen.

Im Jahre 2012 erließ die Nationalversammlung erstmals ein Hochschulgesetz¹⁵ (bis dahin war der Hochschulsektor im allgemeinen Bildungsgesetz und zahllosen Dekreten geregelt). Dieses ähnelt von Struktur und Aufbau den Hochschulgesetzen deutscher Bundesländer und kodifiziert viele von der VDU erstmals wahrgenommene Autonomierechte und auch die bereits angesprochene Möglichkeit zur Durchführung hochschuleigener Aufnahmeprüfungen. Es sieht die Einrichtung von Laboratorien vor und benennt ausdrücklich die Forschung als eine Aufgabe von Hochschulen. Dieses wurde auch durch einen neuerlichen Erlass der Regierung, die es den Universitäten erstmals erlaubt, aus ihrem Budget Gelder für Forschungszwecke einzusetzen, untermauert. Mit großen Schritten nähert sich das Land, in dem bisher noch an der aus Sowjet-Zeiten stammenden Separierung von Bildung und Forschung in unterschiedlichen Institutionen festgehalten wurde, dem Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre an. Der kapazitive Einfluss der Universität lässt sich auch, aber nicht nur, in den Gesetzen des Landes wiederfinden. Viele bestehende Universitäten sind durch das „new kid on the block“ hellhörig geworden und haben ihre Anstrengungen im Bereich internationaler Kooperationen verstärkt.

Fazit

Rückblickend lässt sich konstatieren, dass die VDU allen Widerständen zum Trotz ihre Ziele – wenn auch deutlich langsamer als ursprünglich geplant – erreicht. Aber auch in Bezug auf die Entwicklungsgeschwindigkeit braucht sie den Vergleich mit anderen deutschen Auslandsuniversitäten nicht zu scheuen.

Für die Mitarbeiter in diesem Projekt forderte dies große Offenheit, Flexibilität, Kommunikation und die unentwegte Bereitschaft, neue, ungewisse und unsichere Pfade zu beschreiben. Das tägliche Ringen mit der Ungewissheit ist dabei wahrscheinlich mental das anstrengendste. Denn was sich im Rückspiegel als eine Erfolgsstory ausnimmt, hätte auch zu

jedem Zeitpunkt scheitern können. Anlässe dafür gab es in der Gründungsphase genug.¹⁶

¹⁵ Socialist Republic of Vietnam (2012). Law on Higher Education. No. 08/2012/QH13. National Assembly. Hanoi. English translation retrieved from: <http://www.luatvietnam.vn>

¹⁶ Weitere interessante Hintergrundinformationen zum vietnamesischen Bildungssystem finden sich u.a. hier: Daily Mail (2015). Vietnam's creaking education system pushes students overseas. January 21st, 2015. Retrieved from: <http://www.dailymail.co.uk/wires/afp/article-2919749/Vietnams-creaking-education-pushes-students-overseas.html>; Die Zeit (2011). Hochschulen in Vietnam: Humboldt und Ho-Chi-Minh. Ausgabe vom 19. Januar 2011. Hamburg; Pham, H. (2012). New higher education law approved, but sparks criticism. University World News. Retrieved from: <http://www.universityworldnews.com/article.php?story=20120619111558817>; The Economist (2013). Education in Vietnam – Very good on paper. December 12, 2013. London. Retrieved from: <http://www.economist.com/blogs/banyan/2013/12/education-vietnam>; Vietnamese News Agency (2015). Vietnam-Germany University helps reform national education. October 23, 2015; Vietnamese News Agency (2015). Vietnam to expand university autonomy. October 23, 2015;

Globale soziale Gerechtigkeit - Einblicke in die Tätigkeit als Auslandsmitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sarah Ganter

Sarah Ganter ist Politikwissenschaftlerin. Sie studierte an der Technischen Universität Dresden und leitet seit 2013 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für Kuba und die Dominikanische Republik mit Sitz in Santo Domingo. Zuvor arbeitete sie in der Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

„Eine neue internationale Ordnung aufzubauen und vorzubereiten, ist eine zu wichtige Aufgabe, um sie allein den Regierungen und den internationalen Behörden zu überlassen“ (Willy Brandt).¹⁷

Ich arbeite bei einem sogenannten „politischen Tendenzbetrieb“. Das hat den großen Vorteil, dass unsere Projekte mit konkreten Werten verbunden werden. Während Entwicklungspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung meist irgendwo zwischen altruistischem Idealismus naiver Gutmenschen und illegitimer Einmischung externer Akteure in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten rangiert, können sich auch im Ausland die meisten Menschen unter sozialer Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität etwas vorstellen. Schwieriger wird es, wenn es zu erklären gilt, was die politischen Stiftungen konkret sind und welche Rolle sie in der Entwicklungszusammenarbeit spielen. Denn ihre Organisationsform ist einzigartig und existiert so in keinem anderen Land. Meistens fange ich damit an zu erklären, was die politischen Stiftungen nicht sind – zum Beispiel sind sie gar keine Stiftungen, sondern eingetragene Vereine. Sie leisten keine technische Entwicklungshilfe und sind auch keine Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, erhalten aber trotzdem öffentliche Gelder aus dem Entwicklungsbudget. Sie stehen den im deutschen Parla-

ment vertretenen Parteien inhaltlich nahe, sind aber von ihnen unabhängig und dürfen keinen Wahlkampf betreiben. In der Auslandsarbeit treten sie nicht als klassische Geberorganisationen auf, die Projekte Anderer finanzieren, sondern verstehen sich als gesellschaftspolitische Beratungsinstitutionen, die gemeinsam mit lokalen Partnern Initiativen entwickeln.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die älteste der deutschen politischen Stiftungen und feierte im März 2015 ihr 90-jähriges Bestehen, unterbrochen von der Zeit des Dritten Reichs, in der sie von den Nationalsozialisten verboten wurde. Sowohl ihr Stipendienprogramm und ihre politische Bildungsarbeit im Inland, als auch die internationale Zusammenarbeit gehen auf das politische Vermächtnis Friedrich Eberts zurück. Die FES versteht sich als „Teil der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt.“ Mit ihrer Arbeit im Inland und den mehr als 100 Auslandsbüros leistet sie einen Beitrag dazu, „dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.“ Angestrebt wird „eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion; eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle; einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert.“¹⁸

Als global aufgestellte politikberatende Organisation, die politische Analysen erstellt, schneidet die FES in internationalen Think-tank-Rankings immer wieder gut ab. Tatsächlich machen klassische Think-tank-Aufgaben aber nur einen kleinen Teil unserer Arbeit aus, die in der Praxis um einiges vielfältiger ist. Die Stiftung wird deshalb auch gerne als „Think-and-Do-Tank“ beschrieben. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt darin, den politischen Dialog zu organisieren und gesellschaftliche und politische Akteure in thematischen Debatten zu vernetzen, um gemeinsam Politikoptio-

¹⁷ aus seiner Rede als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission vor der United Nations Association in New York, 26. Oktober 1978.

¹⁸ aus dem Leitbild und Selbstverständnis der FES – abrufbar unter www.fes.de

nen auszuloten. Über die Auslandsbüros, in denen in der Regel ein entsandter deutscher Mitarbeiter und ansonsten nur Ortskräfte tätig sind, arbeiten wir sehr eng mit lokalen Partnern zusammen. Dazu zählen progressive Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Forschungseinrichtungen. Die Dialog- und Netzwerkarbeit der FES schließt neben den einzelnen Landesprojekten aber auch den Austausch über thematische regionale und globale Projekte ein, den Dialog zwischen den sogenannten Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern, aber auch zwischen den Ländern des „globalen Südens“. Die Verbindungsbüros in New York und Genf begleiten die Entwicklungen in den VN-Organisationen.

Angefangen habe ich bei der FES 2008 mit einem Traineeship im Referat Globale Politik und Entwicklung, der Inlandsalternative zur Projektassistenz in einem der Auslandsbüros. Die deutschen Kollegen arbeiten im Rotationsystem und wechseln spätestens alle fünf Jahre in eine neue Position im In- oder Ausland. Das bedeutet, dass man neben der entsprechenden politischen Orientierung auch Lust auf regelmäßige Veränderungen und ein gewisses Generalistentum mitbringen muss. Seit Mitte 2013 leite ich das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für Kuba und die Dominikanische Republik mit Sitz in Santo Domingo. Davor war ich vier Jahre lang als Referentin für Gewerkschaftspolitik im Referat Lateinamerika und Karibik der FES in Berlin tätig. In Lateinamerika ist die entwicklungspolitische Diskussion stark von den negativen Erfahrungen mit den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen der 1990er Jahre geprägt. Nach der Jahrtausendwende sind in vielen Ländern der Region linke und progressive Parteien an die Regierung gewählt worden, die für eigene Entwicklungsmodelle eintraten und Wirtschaftswachstum mit der Bekämpfung sozialer Ungleichheit zu verbinden suchten.

Nicht nur in den theoretischen Debatten sondern auch in der Praxis wird der Begriff „Entwicklung“ hinterfragt. Zulange war damit die Vorstellung assoziiert, die Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle von Industrieländern „westlicher“ Prägung könnten als eine Art Blaupause für Entwicklungsprozesse in anderen Weltregionen dienen. Zu oft gingen von

außen konzipierte Hilfsvorhaben an den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen in den sogenannten „Entwicklungsländern“ vorbei, schufen neue Abhängigkeiten und führten im schlimmsten Fall zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Lage. Nicht nur aufgrund ihrer Kolonialvergangenheit sind die Industrieländer oft ursächlich mitverantwortlich für die Entwicklungsprobleme in anderen Weltregionen. Angesichts globalisierter Finanzmärkte, Produktions- und Konsumbeziehungen sind die Lösungen dieser Probleme komplex und fordern globale Antworten, die auch grundlegende Veränderungen in den „hochentwickelten“ Ländern implizieren. Hier setzt die Dialog- und Netzwerkarbeit der FES an.

Wie das in der Praxis aussieht, lässt sich besonders gut im Bereich der internationalen Gewerkschaftsarbeit veranschaulichen. Die FES vertritt die Position, dass soziale Demokratie ohne starke und demokratische Arbeitnehmervertretungen nicht möglich ist. Sie ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seinen Mitgliedsgewerkschaften historisch verbunden und arbeitet weltweit über ihre Auslandsbüros mit gewerkschaftlichen Organisationen zusammen. Die zunehmende Transnationalisierung von Arbeits- und Produktionsbeziehungen setzt die klassischen Instrumente der Interessensvertretung von Arbeitnehmern und des Arbeitskampfes, wie Kollektivverhandlungen und Streik, außer Kraft. Angesichts dieser Herausforderung ist die globale Vernetzung gewerkschaftlicher Akteure essenziell. Die FES unterhält Beziehungen zu nationalen Gewerkschaftszentralen, den regionalen und globalen Organisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sowie den globalen Branchengewerkschaften und begleitet die jährlichen tripartiten Verhandlungen in der Internationalen Arbeitsorganisation. Meines Wissens ist sie weltweit die einzige gewerkschaftsnahe Organisation, die über ein so breites Netzwerk verfügt.

Auch in den beiden von mir geleiteten Auslandsprojekten geht es viel darum, unterschiedliche Akteure an einen Tisch zu bringen, zum Beispiel politische Entscheidungsträger mit Akademikern und Vertretern der Zivilgesellschaft. In der Dominikanischen Republik ist unser Hauptprojekt ein Nachwuchsförde-

rungsprogramm, in dem junge Menschen mit ganz unterschiedlichem persönlichem Hintergrund aufeinander treffen. Dazu gehören Universitätsstudenten, Betriebsräte aus Callcentern in der Freihandelszone, Hausangestell- tengewerkschafterinnen, Parteinachwuchs, Aktivisten für LGTBI-Rechte und Vertreter von Migrantenorganisationen – sie alle eint der Wunsch nach einer sozial gerechteren Gesellschaft, aber sie bringen ganz unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen mit.

Im Kontext des kubanischen Reformprozesses der sogenannten „Aktualisierung der Revolution“ experimentiert die Regierung Raúl Castros mit der beschränkten Einführung von Marktelementen in die sozialistische Planwirtschaft. In diesem Zusammenhang gibt es ein großes Interesse am Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern. Die FES ist seit über 20 Jahren in Kuba tätig. Meine Kolleginnen und ich reisen von Santo Domingo aus regelmäßig nach Havanna und organisieren gemeinsam mit langjährigen kubanischen Partnern eine Vielzahl von Veranstaltungen, zu denen wir internationale Experten einladen. So versucht die FES, einen Beitrag in der gegenwärtigen Suche nach dem zukünftigen kubanischen Entwicklungsmodell zu leisten.

Einblicke in die Entwicklungszusammenarbeit in Laos

Diana Marquardt

Prof. Dr. Diana Marquardt ist Professorin für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt „Nachhaltiger Tourismus“ an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve. Sie studierte Geographie an der RWTH Aachen und promovierte in Göttingen mit einer Arbeit über den „Tourismus als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit“. Sie arbeitete im Rahmen eines GTZ-Projekts in Nordlaos.

Laos galt lange Zeit eher als Geheimtipp unter Südostasienreisenden. Doch in den letzten Jahren sind die Besucherzahlen rasant angestiegen, und der Tourismus ist heute einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes.¹⁹ Zudem gilt er als arbeitsintensiver Sektor, der breitenwirksam Beschäftigung schaffen und damit zur Armutsbekämpfung beitragen kann. Vor diesem Hintergrund fördern auch Entwicklungsorganisationen Tourismusprojekte in Laos, u.a. die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bzw. ihre Vorgängerorganisation Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).²⁰ Als bundeseigene GmbH ist sie v.a. mit der Umsetzung der entwicklungspolitischen Maßnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit betraut. Die Arbeit umfasst die Bereitstellung von Sachleistungen, finanziellen Mitteln und Personal zur Durchführung von Projekten.

Vorstellung des Projektansatzes

2005 implementierte die GTZ im Rahmen eines ländlichen Entwicklungsprogramms ein Tourismusprojekt im Muang Sing Distrikt (Nordlaos). Die Region ist wegen ihrer beeindruckenden Naturlandschaft und der dort lebenden ethnischen Minoritäten (v.a. Akhas) ein beliebtes Touristenziel. Allerdings profitierten die Akhas bisher nicht von den Besu-

chern, selbsternannte „Guides“ führten ungefragt durch die Dörfer, ohne finanzielle Beteiligung der Menschen. Hier bestand dringender Bedarf, die Situation zu verbessern. Seitens der GTZ sah man Potential für ein gemeindebasiertes (Ethno-) Tourismusprojekt, das zur Schaffung von Einkommen und zur Armutsbekämpfung in entlegenen Akha-Bergdörfern beitragen könnte. Zudem wollte man den Erhalt des kulturellen Erbes und der natürlichen Ressourcen fördern und die Partizipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen am Tourismus verbessern.

Schwerpunkt des Vorhabens bildete die Entwicklung der „Akha Experience“, einer natur- und kulturtouristischen Trekkingtour, bei der man Einblick in die Lebensweise vor Ort erhält. Die Projektmaßnahmen umfassten Bewusstseinsbildung zum Thema Tourismus, die Ausbildung von Akha-Reiseführern, Gastgebertrainings, den Bau von Lodges sowie Weiterbildung der regionalen Tourismusakteure. Acht Dörfer sind durch Erbringung von Dienstleistungen an dem Angebot beteiligt, und nach Projektabschluss führen die Einwohner das Vorhaben eigenständig weiter.

Die „Akha Experience“ hatte zudem nationalen Modellcharakter, denn sie war in dem sozialistischen Staat das erste Kooperationsvorhaben mit einem Privatunternehmen. Bei dieser Public-Private-Partnership (PPP) handelte es sich um eine Partnerschaft zwischen der Bevölkerung, dem Reiseveranstalter Exotissimo und der GTZ mit ihren Regierungspartnern. Die GTZ brachte dabei ihre Erfahrung in der gemeindebasierten Arbeit ein, ermöglichte den Kontakt zur Zielgruppe und unterstützte das Unternehmen finanziell und logistisch. Die Behörden waren für die rechtliche Absicherung zuständig, während die Privatwirtschaft Kapital und Know-how in Bezug auf Produktentwicklung und Marketing bereitstellen sollte.

Bewertung des Projektansatzes

Einige Jahre nach Projektabschluss lässt sich festhalten, dass es trotz vieler Widerstände gelang, eine vorbildliche gemeindebasierte Tour zu entwickeln, die die Touristen begeistert. Die Dorfbewohner waren von Beginn an partizipativ in das Vorhaben eingebunden, die sozio-kulturellen Ziele wurden weitestgehend

¹⁹ Vgl. Ministry of Information Culture and Tourism (Hrsg.) (2015): 2014 Statistical Report on Tourism in Laos, Vientiane, S.18

²⁰ Nach der Fusion der Durchführungsorganisationen GTZ, DED und Inwent wurde die GTZ mit Januar 2010 in GIZ umbenannt und hat auch Aufgaben im Bereich Weiterbildung und personelle Zusammenarbeit übernommen.

erreicht.

Allerdings hatte man mit Exotissimo nicht den richtigen Partner ausgewählt: das Unternehmen nahm eher aus ökonomischen Überlegungen teil, da durch die finanzielle Beteiligung der GTZ die Entwicklungskosten der Tour gering waren. Bei solchen Kooperationen bedarf es jedoch seitens der Privatwirtschaft eines großen sozialen Engagements. Sie tut dies im Austausch gegen langfristige Pachtverträge, exklusive Vermarktungsrechte und eine gute Kooperation mit der Bevölkerung. Zu diesem Engagement war Exotissimo jedoch nicht bereit: das Interesse an der Zusammenarbeit mit den Akhas war gering, Zusagen bezüglich des Marketings, finanzieller Beiträge etc. wurden nur teilweise erfüllt.^{21 22}

Aufgrund der geringen Marketingaktivitäten besteht nur wenig Nachfrage nach der Tour. Man konnte bisher kein signifikantes Einkommen für die Zielgruppe erwirtschaften und war in ökonomischer Hinsicht nicht sehr erfolgreich.

Die Kosten-Nutzen-Relation des Projektes muss daher kritisch gesehen werden, denn die Investitionen waren enorm. Diese lohnen sich jedoch laut GTZ, da das Vorhaben aufgrund seines Modellcharakters bedeutsam ist. Man wollte zeigen, dass eine Kooperation zwischen Privatwirtschaft und lokaler Bevölkerung für beide Seiten vorteilhaft ist. Zudem wollte man zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für solche PPPs beitragen, was sicher auch gelang. Denn man konnte grundlegende Probleme aufzeigen und viele Lernerfahrungen gewinnen, die bei der Umsetzung anderer Vorhaben Anwendung fanden. Ob man in diesem Fall aber demonstrieren konnte, dass die Kooperation mit Unternehmen Vorteile bringt, ist fraglich.

Was muss man nun mitbringen, um in einem EZ-Projekt in Laos zu arbeiten?

Neben entwicklungspolitischem Wissen, Landeskennnissen und interkulturellem Verständnis sollte man vor allem Geduld und Of-

fenheit gegenüber anderen Werten und Normen mitbringen. Was die alltägliche Arbeit angeht, muss man sehr flexibel sein, denn oftmals können die Projekte nicht wie geplant durchgeführt werden, z.B. Ausgangsbedingungen ändern sich oder finanzielle/personelle Zusagen können von den Partnern nicht erfüllt werden. Hier braucht man Beharrlichkeit, um seine Ziele zu erreichen.

Angesichts des Mangels an guten Ausbildungseinrichtungen ist es oft so, dass die Partner zu wenig Fachwissen für die geplanten Tätigkeiten haben. Hinzu kommt, dass die Organisationen anders bzw. nicht gut strukturiert sind: Zuständigkeiten sind nicht klar verteilt und wechseln häufig, Informationen werden nicht weitergegeben, es herrscht eine wenig zielorientierte Arbeitsweise vor.

Als Berater muss man daher zunächst viel Mühe in eine gewisse Grundausbildung der Mitarbeiter investieren: dies reicht von der Vermittlung von Sprach- und Computerkenntnissen bis hin zu Wissen über Büromanagement und Organisationsentwicklung. Diese Ausbildung wird – abgesehen von einigen externen Trainingsmaßnahmen – v.a. im Rahmen der täglichen Arbeit vermittelt. Daher muss man bei einem solchen Einsatz neben Projektmanagement-Kenntnissen auch Know-How in den o.g. Bereichen mitbringen. Da die Partner meist Beamte sind, stehen viele Entwicklungshelfer vor dem Problem, dass ihre einheimischen Kollegen schlecht bezahlt werden, häufig unmotiviert und z.T. korrupt sind. Viele von ihnen müssen noch Nebentätigkeiten nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dies spiegelt sich in längeren Abwesenheiten vom Arbeitsplatz wider. So kann es vorkommen, dass ein Büro zur Reisernte wie leergefegt ist.

Diese Probleme stellen einerseits eine große Herausforderung für den Berater dar, andererseits verdeutlichen sie auch, wie notwendig und wichtig die Arbeit der „Expats“ ist. Ihr Engagement in den Bereichen breitenwirksame Aus- und Weiterbildung, „Training of Trainers“ und Organisationsentwicklung hilft, einheimische Fachkräfte für anspruchsvolle Planungs- und Managementaufgaben zu qualifizieren und damit mittel- bis langfristig eine selbstbestimmte und nachhaltige Tourismusentwicklung in Laos sicherzustellen.

²¹ Vgl. Mumm, M. (2006): Assessment of the Public-Private Partnership Project GTZ-Exotissimo, Retrieved from: <http://www.ecotourism-consultant.com/> Assessment%20of%20the%20Akha%20Experience.pdf

²² vgl. Marquardt, D. (2010): Tourismus in der deutschen und internationalen Zusammenarbeit, Shaker, Aachen

Capacity Development: Ein entwicklungspolitisches Konzept und seine Umsetzung am Beispiel Osttimors

Maria Hughes

Maria Hughes studierte Islamwissenschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Potsdam. Sie arbeitete bei einer nichtstaatlichen Organisation in Israel im Bereich Capacity Development. Darüber hinaus arbeitete sie ebenfalls in einem Capacity Development Projekt in Osttimor sowie bei der internationalen Entwicklungsorganisation Oxfam. Derzeit promoviert sie an der Universität Konstanz über religiös-motivierte Entwicklungszusammenarbeit.

Der entwicklungspolitische Diskurs der letzten zwei Jahrzehnte ist von der Devise der Partnerschaftlichkeit geprägt, wonach Geber²³ auf ihre Rolle als Unterstützer beschränkt werden und Partnern mehr Eigengestaltung in der Formulierung und Durchführung von Entwicklungsprogrammen zukommt. Im Rahmen dieser Neuorientierung wurde *capacity development* zum festen Bestandteil des entwicklungspolitischen Diskurses.²⁴

Dabei handelt es sich jedoch keinesfalls um ein neues Konzept. Bereits in den 1950er und 1960er Jahren wurden Strategien zum Aufbau von staatlichen Einrichtungen mit dem Ziel, die institutionellen Kapazitäten der Partnerstaaten zu fördern, erarbeitet.²⁵ Dafür wurden Modelle der Industrieländer importiert – ein Vorgehen, das häufig daran scheiterte, dass die Modelle weder auf adäquate Strukturen vor Ort stießen, noch bereits vorhandene lokale Kapazitäten förderten. In den 1970er und 1980er Jahren wurde der enge regierungsbezogene Fokus auf die Zivilgesellschaft und den Privatsektor der Partnerstaaten ausgeweitet.²⁶

²³ In diesem Artikel wird mit den Begriffen „Geber“ und „Partner“ gearbeitet, da sie der Selbstbezeichnung vieler der in diesem Feld tätigen Akteure entsprechen. Sie sind jedoch normativ beladen und geben nicht die Meinung der Autorin wieder.

²⁴ Vgl. Morgan, Peter 1998: *Capacity and Capacity development – some strategies*. CIDA, Québec: 2

²⁵ Vgl. OECD/DAC 2006: *The Challenge of Capacity Development. Working towards good Practice*: 15

²⁶ Vgl. Lusthaus, Charles/ Adrien, Marie-Hélène/ Perstinger, Mark 1999: *Capacity Development: Definitions, Issues and Implications for Planning, Monitoring*

and Evaluation. *Universal Occasional Paper 35*, Québec: 2

Wegbereiter des gegenwärtigen Fokus ist das in den 1990er Jahren entstandene „Good Governance“-Konzept, in dessen Rahmen *capacity development* erstmals in Dokumenten der Weltbank auftauchte.²⁷ Seitdem hat *capacity development* eine gewisse Popularität erfahren.

Dennoch besteht bis heute kein Konsens darüber, was Kapazitäten sind und wie diese entwickelt werden können. Vielmehr stellt *capacity development* einen integrativen Sammelbegriff dar, der einen breiten Pool an Auffassungen und Programmen vereint.²⁸ Als Folge dieser Unschärfe entwickelt sich *capacity development* zunehmend zu einem bloßen Schlagwort, das nicht zuletzt in Projektanträgen unermüdlich rezipiert wird. Um zu verhindern, dass die Erwähnung von *capacity development* lediglich zum Garant für die eigene Projektfinanzierung verkümmert, sollte es wieder stärker als Ziel an sich wahrgenommen und konzeptionell von anderen Programmen abgehoben werden. Das Partnerschaftsparadigma setzt *capacity development* (auf Geber- und Partnerseite!) voraus, da es die Eigenständigkeit aller Entwicklungsakteure und deren Fähigkeit erfordert, das eigene Potential gewinnbringend im Entwicklungsprozess einzubringen. *Capacity development* sollte daher als zentrales Element in der Entwicklungspraxis neu verankert werden.

Eine konzeptionelle Analyse kann zur Schärfung des *capacity development* beitragen. Der Terminus Kapazität wird in Lexika synonym für Leistungsfähigkeit oder Aufnahmefähigkeit verwendet. Entwicklungspolitische Definitionen unterscheiden zudem häufig zwischen physischen und geistigen Kapazitäten. Erstere umfassen dabei die materiellen und personellen Möglichkeiten eines Landes. Letztere bezeichnen endogene individuelle oder gesellschaftliche Fähigkeiten, die bereits angelegt sind und somit weder gekauft noch geliefert

and Evaluation. *Universal Occasional Paper 35*, Québec: 2

²⁷ Im Berg-Report wird der Weltbank empfohlen, verstärkt in *capacity building* zu investieren. Vgl. Weltbank 1981

²⁸ Vgl. IOB 2008: *General Terms of Reference „Evaluation of Dutch support to capacity development“*. Evidence-based case studies. De Lange, Piet/ Feddes, Rafaela, Den Haag: 5

werden können.²⁹ Hier wird Kapazität darüber hinaus als entwickeltes Potential verstanden.

Capacity development – ein endogener Prozess

Erfahrungswerte belegen, dass kapazitätsfördernde Maßnahmen weitgehend unwirksam bleiben, wenn sie endogene Prozesse innerhalb der Partnerstaaten nicht berücksichtigen und wenn sie nicht von den internen Machthabern mitgetragen werden.³⁰ Peter Morgan beschreibt *capacity development* als endogenen Prozess, der durch soziale, historische und kulturelle Faktoren sowie nationale Machtverhältnisse und wirtschaftliche Strukturen geprägt ist. Ausländische Geber können diese Faktoren weder steuern, noch befinden sie sich in vollständiger Kenntnis derselben.³¹ Ihre Partizipationsmöglichkeit beschränkt sich auf technische und administrative Assistenz und Beratung. Inwiefern *capacity development* überhaupt durch extern gesteuerte Maßnahmen unterstützt werden kann, muss fallspezifisch geklärt werden, bevor konkrete Programme formuliert werden. Dies setzt eine detaillierte Analyse des Entwicklungsbedarfs voraus, sowie die Fähigkeit der Geber, ihr Angebot an die reale Nachfrage anpassen zu können.³² Darüber hinaus sind Lernräume erforderlich, in denen sich das vorhandene Potential entfalten kann. Ein Beispiel soll dies versanschaulichen.

In einem *capacity development* Projekt in Osttimor konnte ich beobachten, wie die Teilnehmerinnen beachtliches Managementpotential entfalteteten, als ihnen im Rahmen des Programms die Gelegenheit dazu gegeben wurde. Es gelang ihnen nicht nur, ihre eigenen Stärken zu erkennen und in eigenständig gegründeten Projekten einzubringen. Sondern es war ihnen darüber hinaus auch möglich, ihre Fähigkeiten zu erproben, auszubauen und ihren eigenen Förderungsbedarf zu identifizieren. Der externe Beitrag bestand darin, die Infrastruktur für das Projekt – das nebenbei

gesprochen, auf Eigeninitiative der Partner entstanden ist – bereitzustellen. Dies verdeutlicht, dass Kapazitäten bereits als Potential angelegt sind und sich selbst entfalten, wenn ein adäquater Raum dafür geschaffen wird.

Capacity development – ein gesamtgesellschaftlicher Prozess

Peter Morgan bringt einen weiteren zentralen Aspekt des *capacity development* in seiner Definition zum Ausdruck: *“Capacity is defined as the organizational and technical abilities, relationships and values that enable countries, organizations, groups and individuals at any level of society to carry out functions and achieve their development objectives over time”*.³³ In der aktuellen Entwicklungsdebatte erfreuen sich solche Mehr-Ebenen-Ansätze besonderer Beliebtheit, wonach jede gesellschaftliche Ebene über eigene Kapazitäten verfügt, die, wirken sie zusammen, die Gesellschaft zum „Funktionieren“ bringen. *Capacity development* auf Individualebene findet üblicherweise im Rahmen von Trainingsmaßnahmen für die Mitarbeiter der zu fördernden Einrichtungen statt.³⁴ Auf der Organisations-ebene zielen *capacity development* Maßnahmen auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit einzelner Einrichtungen ab, sowohl im Management als auch in der konkreten Durchführung spezifischer Strategien. Die Systemebene ergibt sich aus formellen (Gesetze, Verfassung) und informellen (Bräuche, Normen, selbstregulierende Märkte) menschlichen Regeln, welche zusammen die gesellschaftliche Ordnung festlegen.³⁵ *Capacity development* auf dieser Ebene hat den Abbau hemmender Regeln zum Ziel.³⁶

Auch hier kann uns das Fallbeispiel aus Osttimor weiterhelfen. Das Zusammenwirken von Kapazitäten auf Organisations-, Individual- und Systemebene war entscheidend für das Gelingen dieses Projekts. Die vorhandenen geistigen und personellen Kapazitäten auf Organisationsebene ermöglichten es den ost-

²⁹ Vgl. ÖFSE 2004: Das Konzept der Kapazitätenentwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit. Working Paper 4, Langthaler, Margarita, Wien: 8

³⁰ Vgl. Morgan 1998

³¹ Vgl. ebd.: 3f

³² Vgl. Weltbank 2005: Building Effective States, Forging Engaged Societies.: 46

³³ Morgan 1998: 2

³⁴ Vgl. ÖFSE 2007: Die Pariser Erklärung und ihre bisherige Umsetzung. (Irr-) Wege zu mehr Wirksamkeit in der EZA. Working Paper 17, Six, Clemens/ Langthaler, Margarita/ Obroccky, Michael (Autoren), Wien 18

³⁵ Vgl. Morgan 1998: 3

³⁶ Vgl. ÖFSE 2007: 18

timoresischen Akteuren, das Projekt zu gründen, den eigenen Bedarf zu formulieren und bei den Gebern um konkrete Unterstützungsleistungen anzufragen. Die Geber verfügten über die nötigen Kapazitäten, um auf die Nachfrage eingehen zu können. Auf individueller Ebene trugen die Fähigkeiten der beteiligten Personen, insbesondere das Potential der Projektteilnehmerinnen, zum Gelingen des Projektes bei. Auf Systemebene schuf ein ermutigendes Klima den geeigneten Rahmen für das Projekt.

Der Zeitfaktor

Die entwicklungspolitische Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass kapazitätsfördernde Programme langfristig angelegt sein müssen, um wirksam zu sein.³⁷ Kurzfristige Programme zeigen nur selten den erwünschten Erfolg. Grund dafür ist, dass sich Kapazitäten erst im Kontext dynamischer Prozesse und aufeinanderfolgender Ereignisse herausbilden. Dies schließt sowohl Interaktionen zwischen Menschen als auch die Überarbeitung und Transformation alter Strategien und Praktiken mit ein. Programme müssen trotz detaillierter Planung in ihrer Durchführung flexibel sein, um Versäumnisse im Nachhinein korrigieren zu können und eine Phase des Experimentierens und Fehlermachens zuzulassen. Gelingt es, einen geschützten Raum zu schaffen, der genügend Freiraum lässt, verschiedene Ansätze auszuprobieren und so über einen längeren Zeitraum das eigene Potential zu entfalten, so können die Resultate vielversprechend sein.³⁸ Das Beispiel aus Osttimor stellt genau einen solchen Fall dar, in welchem die Projektteilnehmerinnen in einem geschützten Raum experimentieren, Fehler machen und ihre Kapazitäten entwickeln konnten.

Abschlusskommentar

Die ersten Programme zu *capacity development* waren noch stark angebots- und geberorientiert. In den vergangenen Jahren mussten alte Modelle jedoch neuen langfristigen, endogenen und ganzheitlichen Herangehensweisen weichen. Dieser Trend schlug sich zunächst in der theoretischen Diskussion nieder.

In der Praxis kann er sich häufig nur schwer gegen altbekannte Praktiken behaupten. So bestehen weiterhin von Gebern entworfene Parallelstrukturen zum staatlichen und zivilgesellschaftlichen Gefüge der Partner. Allerdings stehen Geber zunehmend unter dem Druck, auf bestehende Kapazitäten zurückzugreifen. Drei zentrale Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

1. *Capacity development* ist ein endogener Prozess, der weder von außen gesteuert, noch kontrolliert werden kann. Geber können dabei lediglich eine unterstützende Rolle einnehmen, indem sie nachfrageorientiert auf den konkreten Entwicklungsbedarf eingehen.
2. *Capacity development* ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Erst das Zusammenspiel von materiellen, geistigen, individuellen und organisatorischen Kapazitäten auf allen gesellschaftlichen Ebenen ermöglicht die Entfaltung des vorhandenen Potentials.
3. *Capacity development* braucht Zeit. Kapazitäten sind zwar bereits angelegt, müssen jedoch erst in einem langfristigen, dynamischen Prozess an die Oberfläche geholt und erprobt werden. Zeitdruck hemmt die volle Entfaltung des Potentials und sollte vermieden werden.

³⁷ Vgl. IOB 2008: 8

³⁸ Vgl. Morgan 1998: 9f

ECOWAS in Practice: Linking Peacebuilding-efforts and Development

Florian Ranft

Dr. Florian Ranft ist Policy Researcher bei Policy Network, einem internationalen Think-tank. Er studierte Politikwissenschaft in Potsdam und promovierte in Greifswald. Er lehrte und forschte an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt/Main und arbeitete für die ECOWAS in Abuja, Nigeria sowie für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bogotá, Kolumbien.

The Economic Community Of West African States (ECOWAS) celebrated its 30th anniversary in May 2015. ECOWAS' recent history as international organization recollects the development of the European Union. Originally founded to advance the economic integration of its 15 member states through common agreements on tariffs, taxes and customs, ECOWAS has over the years widened its scope of its activities across West Africa, particularly in providing security to the region and dealing with political crises. During the 1990s West Africa was one of the most fragile and volatile regions worldwide. Among others, Liberia, Sierra Leone and Guinea-Bissau were shattered by brutal and intense civil wars, resulting in severe regional instability, dreadful acts of violence and a disastrous record of human rights violations. As a response to this dreadful period of West African history that greatly endangered human and economic development ECOWAS is today engaged in tasks ranging from settling armed conflicts in the treaty members, deploying regional peacekeeping troops, monitoring cease-fires to social and cultural projects. In strengthening these capacities ECOWAS collaborates with a variety of national development aid organizations (e.g. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ) and non-governmental organizations and think tanks (Friedrich-Ebert-Stiftung) in West Africa and Abuja, where the headquarter is based.

As part of a research project I studied the link between "false commitments" to peace and how ECOWAS officials cope with them. By a

"false commitment" I refer to the phenomenon when conflict parties sign peace agreements but have no real interest in peace. This may have serious consequences for the establishment of stable peace because in modern multidimensional peacekeeping approaches security and development aid are commonly linked with each other. Countries that have once experienced a civil war may well experience another one due to underdevelopment, a phenomenon referred to as the "conflict trap".³⁹

There are several reasons why contracting parties sign peace agreements with motivations other than peace. First, warring parties may want a break from fighting to rearm combatants and find fresh financial resources. Liberia's warlord Charles Taylor has been suspected of misusing peace agreements to rearm his troops and to find further financial sources or allies in such neighbouring countries as Sierra Leone. Second, government officials may push for and sign contracts to receive popular support from the electorate. In long-standing and intense civil wars where the local population has suffered from resulting social and economic drawbacks politicians can use peace processes to increase their popularity. Third, rebel organizations may seek national or international reputation and acknowledgement of their grievances. Any negotiation or political compromise to settle conflict partially acknowledges the legitimacy of internal resistance, whether it is of socio-economic or ethnic origin. And finally, governments might either be pushed by international organizations to sign agreements or seek popular support within the citizenry. Scholars discuss "aid conditionality" in peace processes as an external financial stimulus set by international donors as an incentive for conflict parties to reach an internal peace agreement. Either international organizations (e.g. World Bank or International Monetary Fund) or bilateral donors may condition the supply of aid to advancements in peace processes and the implementation of political reforms in the post-conflict environment.

³⁹ Collier, Paul. 2007. *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*. Oxford: Oxford University Press.

Recent peacebuilding efforts in Mali in 2011 show that ‘false commitments’ and development aid may be a detrimental combination. The Malian government misapplied parts of the \$69 million Special Program for Peace and Development of Regions of Northern Mali (PSPDN),⁴⁰ provided by the national government and international donors. Instead of funding development projects the money was channelled into rebuilding military capacities. This failure to sustain development efforts in the North increased tensions with the Touaregs and facilitated their alliance with Salafists in 2012. Together they contributed to the overthrow of Amadou Toumani Touré and the recurrence of armed conflict in Mali. ECOWAS officials often play a key role as mediators and facilitators in peace negotiations. In the context of “false commitment” it is crucial to establish links between ECOWAS departments and development aid organizations, NGOs and Think-tanks as they may facilitate coordination efforts and decrease information asymmetries.

What best qualifies young academics to work in the area of development aid depends on the specific context of the project. There is no rule of thumb to success. A necessity is an interest to understand the basic needs of people and local communities who have suffered from grave grievances. Further, you need to commit to working abroad for an extended period of time. An internship abroad with one of the development aid organizations might be the best start to get an understanding of what this means. An important subsidiary qualification is the proficiency in at least one language (French, Spanish, Swahili, Arabic, etc.) other than English. Furthermore, recent graduates might consider to do a post-graduate degree, e.g. with the German Development Institute (DIE) in Bonn or the University of Birmingham (International Development MSc/GDip).

⁴⁰ Hilary Matfess (2015): *After Peace Agreement, Development Remains Key to Mali Progress*; International Peace Institute, available at <http://theglobalobservatory.org/2015/06/mali-development-azawad-tuareg/> (last retrieved on 12.11.2015).

Transdisciplinary response to an organizationally complex, and environmentally challenged, global politics

Sander Chan

Dr. Sander Chan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn. Er studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen in Amsterdam und Turku. Er promovierte über ein umweltpolitisches Thema in Peking.

For a political science, international relations or international development student, these are exciting times. Many basic understandings of ‘the international’, ‘the political’, and ‘development’ are shifting in a world that is the domain of multiple state- and non-state actors, and in a world that is grappling with some of the greatest challenges in human history, in particular growing inequity, global environmental change, and climate change. While the traditional realms of politics such as governments, international organizations, political parties, parliaments, archetypical political systems (authoritarian, liberal democracy, etc.) continue to exist; the structure and scale of global politics evolve towards a different political geography and a new kind of dispersed political architecture. Climate change can be seen as a quintessential case. Climate change is a complex issue, difficult to reduce to a technical problem or a problem of physics. Its global nature makes it also an issue of equity (who should bear the cost of abating or adapting to climate change?), it is a structural economic question (how does a climate resilient and low-carbon economy look like, and how can we achieve it?), it is a political question (can the international system effectively address climate change and take adequate measures?). In confronting complex issues such as climate change and resilient/equitable development, many contemporary scholars will agree that it is necessary to look at: a wider set of political actors, including non-state and sub-national actors (agents); alternative means of organization (mechanisms); implications beyond mere problem-solving – in particular in terms of global allocations (equity);

implications for global politics (architecture); and credibility and accountability underlying shift in global politics (legitimacy).

My work at the German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) exemplifies a parallel professional response to the above mentioned shifts. At DIE I do research on transnational climate politics, focusing on the role of non-state and sub-national actors, such as enterprises, civil society organizations, and research communities. Moreover, I also do policy-oriented work, for instance presenting science-based policy options to international organizations and national governments for the further engagement of non-state climate actions in the global climate change regime. One might wonder how my work connects to (international) development, which is after all in the name of the institute I work at. My answer is that understanding and confronting climate change as a complex and encompassing problem is central to many questions of international development. For instance, wealthy countries have – historically – contributed the most to GHG emissions, yet some of the poorest countries, that have barely contributed to historical emissions, are the most vulnerable and the most exposed to the negative impacts of climate change. Climate change potentially stymies development in developing countries. Should wealthy industrialized countries therefore compensate for damages and losses suffered by vulnerable countries and communities? Moreover, climate change also raises questions regarding the nature of development. The implicit linear development pathway of overcoming ‘underdevelopment’ by ‘traditional’ societies is increasingly invalidated. In fact, a global intensification of industries and the extension of current consumption levels in developed countries could turn out economically and ecologically catastrophic. A climate safe and resilient future assumes a new vision of development, rather than a linear progression of (industrial) phases. Development, in this vision, is no longer restricted to low-income countries, rather it is also – and perhaps foremost – a challenge for wealthy countries to change course, to direct their capacity and means towards a low-carbon

future, and to enable other countries to *not* follow in their dirty footsteps

In propagating a low-carbon and climate resilient future, neither my employer nor I resemble the image of the distant and disinterested researcher. I do not conduct research for the sake of Science, with a capital letter 'S'. I consciously cross the divides between e.g. policy, advocacy and research. At a personal level, I find a transdisciplinary approach very gratifying. Transdisciplinarity helps me to constantly 'check' the societal relevance of my research work. It also allows me to connect to my work at a very personal level (I enjoy doing my work because of its implied changes in a social reality). I also believe that a transdisciplinary approach corresponds better with a political world that is interconnected by networks of all kinds of actors, many of whom previously not recognized as political agents. The assumed place of the scientist or researcher in a transdisciplinary approach towards development is not in an ivory tower, but in a wider field, in which she/he negotiates and translates knowledge and understandings across disciplines. I do not necessarily contend that other, or 'classic', disciplinary approaches have lost relevance. However, I believe that a complex world, facing global social and environmental challenges, invites multiple disciplinary and analytical lenses. Through my research on climate change and sustainable development, I have not so much lost my academic discipline(s); I gained perspectives and learnt to negotiate across disciplines.

terre des hommes e.V.: Kinderhilfswerk und Kinderrechtsorganisation

Dieter Reinhardt

Dr. Dieter Reinhardt ist Politikwissenschaftler und promovierte mit einer Arbeit über humanitäre Hilfe in komplexen Notstandgebieten an der Universität Duisburg-Essen. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg und von 1993 bis 2000 Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei terre des hommes Deutschland e.V.

Im Jahr 1960 wurde in der Schweiz die erste Ländersektion der Nichtregierungsorganisation (NRO) 'terre des hommes' (tdh) (Erde der Menschlichkeit) gegründet. Heute gibt es in acht weiteren Ländern eigenständige tdh Organisationen, die in der Internationalen Föderation terre des hommes (IFTDH) mit Sitz in Genf zusammenarbeiten. Mit einem jährlichen Budget dieser tdh-Organisationen in einer Größenordnung von 100 Millionen Euro zählt die Föderation zu den mittelgroßen NRO-Netzwerken. Die internationalen NRO Oxfam, Save the Children, CARE, Ärzte ohne Grenzen oder die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt oder Misericordia verfügen über ein wesentlich größeres Budget. tdh Deutschland unterstützt mehrere hundert Projekte in über 30 Ländern.

Der Autor arbeitete zwischen 1993 und 2000 für die 1967 gegründete NRO tdh Deutschland als Referent für Öffentlichkeitsarbeit und in der Fundraising-Abteilung.

Entwicklungspolitischer Ansatz von terre des hommes e.V.

Die Vermittlung der Adoption von Kindern, die ihre Eltern im Vietnamkrieg verloren hatten, war in den Anfangsjahren ein Schwerpunkt der Arbeit von tdh Deutschland. Es erfolgte anschließend eine ständige Erweiterung sowohl der Projektländer als auch der Projektinhalte. Nach langen internen Diskussionen wurde schließlich das Adoptionsprogramm eingestellt. Seit über 20 Jahren zählt tdh Deutschland zu der großen Gruppe deutscher entwicklungspolitischer NRO, deren Arbeit auf folgenden Prinzipien beruht: a) es werden nicht di-

rekt mit eigenem Personal Projekte im Ausland durchführt, sondern die Arbeit lokaler NRO in Lateinamerika, Afrika und Asien finanziell unterstützt; b) es werden nicht mehr einzelne Kinder oder Jugendliche (z.B. durch die Vermittlung von Patenschaften) unterstützt, sondern Projekte für größere Gruppen; c) durch die in Kooperation mit anderen nationalen und internationalen NRO durchgeführte Lobbyarbeit wird versucht, Fehlentwicklungen in der Entwicklungspolitik der deutschen und anderer EU-Regierungen zu verhindern; d) durch die Kampagnenarbeit wird versucht die Geschäftspolitik einzelner großer Konzerne, die extrem negative menschenrechts- und entwicklungspolitische Auswirkungen hat (z.B. Waffenexporte) zu korrigieren. Schwerpunkte der Projekte von tdh Deutschland bilden die Problemfelder Bildungspolitik, Kindersoldaten, Straßenkinder und Kinderprostitution. Bezugspunkt ist dabei die 1989 von der UN-Generalversammlung verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention.

terre des hommes Deutschland führt regelmäßig Treffen mit den NRO-Partnern in Deutschland durch. Ziel ist dabei die Verstärkung der Kooperation dieser NRO-Partner untereinander und die Verständigung auf Korrekturen laufender sowie die Entwicklung neuer (Lobby-)Kampagnen.

Strukturelle und spezifische Probleme

Einerseits befürwortet die NRO tdh – und die mit ihr kooperierenden NRO – eine engere politische und organisatorische Zusammenarbeit, andererseits aber konkurrieren die NRO auf dem privaten Spendenmarkt um Marktanteile. Organisationsegoistische Interessen verhindern häufig, das ungenutzte Potential einer größeren Kooperation zu nutzen.⁴¹

Ein zweites strukturelles Problem ist die Tatsache, dass die Einnahmen durch den privaten Spendenmarkt häufig sehr stark schwanken. Dies trägt dazu bei, eigene Projekte auch durch staatliche Zuwendungen zu finanzieren bzw. von staatlichen und internationalen Agenturen entwickelte Projekte zu implementieren. Dies wiederum kann eine finanzielle Abhängigkeit gegenüber den Mittelgebern

⁴¹ Vgl. Zimmer, Annette E./Ruth Simsa (Hg.), 2014: Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement, Quo vadis?, Berlin

verursachen. Diese Abhängigkeit kann dann dazu führen, dass eine offensive Lobbyarbeit, die einer Konfrontation nicht ausweicht, durch eine moderatere zurückhaltende Form dieser Arbeit ersetzt wird.⁴²

Eine Besonderheit von tdh Deutschland ist die spezifische Vereinsstruktur. Die in 120 Ortsgruppen ehrenamtlich arbeitenden Vereinsmitglieder legen in bundesweiten Mitgliederversammlungen sowohl die Projektpolitik als auch die Zusammensetzung des Vereinsvorstandes fest, der für die personelle Zusammensetzung der Leitung der Geschäftsstelle und für ihre Arbeit zuständig ist. Diese Konstruktion verursacht einen permanenten und zeitaufwendigen engen Abstimmungsprozess zwischen den Mitgliedern und der Geschäftsstelle.

Beruflicher Alltag und Entwicklungszusammenarbeit als Beruf

Die Arbeit bei NRO, wie tdh und vergleichbaren entwicklungspolitischen NRO, ist zum einen geprägt von einer großen Vielfalt entwicklungspolitischer Themen und verschiedenen Projekttypen und Aktionsformen der NRO. Dies beinhaltet die kontinuierliche (Weiter-) Entwicklung von Projekten und Kampagnen in Zusammenarbeit mit den NRO-Partnern in den Projektländern. Dabei verändern sich die Formen dieser Zusammenarbeit, und es müssen Lösungen für Kooperations- und Kommunikationsprobleme gefunden werden. Zum anderen ist die Arbeit geprägt von der ständigen Anpassung und Weiterentwicklung der Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und der speziellen Arbeit bzw. Betreuung der Spender. Schließlich ist die Akquirierung ausreichender finanzieller Mittel durch die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb auf dem privaten Spendenmarkt und durch staatliche Mittelzuwendungen ein dritter wichtiger Bereich.

Daraus ergeben sich spezielle Anforderungen und Qualifikationsprofile für dieses Berufsfeld. Die Beherrschung europäischer und/oder außereuropäischer Sprachen erleichtert natürlich ganz erheblich die Arbeit in einem internationalen Umfeld. Weil die Arbeitsstrukturen

sich schnell verändern können und informelle neben formalen, flache neben hierarchischen Entscheidungsstrukturen parallel existieren können, sollten Berufseinsteiger bereit sein, sich schnell auf wechselnde Arbeitsstrukturen einzustellen. Die Fähigkeit sich an kontroversen, emotional aufgeladenen Debatten und Diskussionen zu beteiligen, sollte ein Teil der Qualifikation sein.

⁴² Vgl. Lewis, David/Nazneen Kanji, 2009: Non-Governmental Organizations and Development, Routledge, London.

Die Arbeit als parlamentarischer Rechtsberater in Kambodscha

Daniel Heilmann

Dr. Daniel Heilmann studierte Rechtswissenschaften und Management. Im Anschluss war er mehrere Jahre im Global Knowledge Transfer Projekt des Max Planck Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht als Bereichsleiter und Berater im arabischen und afrikanischen Raum tätig. Seit Beginn 2014 ist er parlamentarischer Rechtsberater beim kambodschanischen Senat in Phnom Penh. Diese Stelle wird gefördert durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Centrum für Internationale Migration (CIM). Angestellt ist er beim kambodschanischen Senat, wo er als Berater des Generalsekretärs und der Fachausschüsse direkt in die lokalen Verwaltungsstrukturen eingegliedert ist.

Hintergrund

Kambodscha ist seit 1993 eine konstitutionelle Monarchie mit einem Mehrparteiensystem. Das Parlament besteht aus zwei Kammern; gemeinsam mit der Nationalversammlung bildet der Senat die Legislative. Zwar war die Nationalversammlung nach der UNO-Übergangsadministration von 1991 bis 1993 zunächst als alleiniges Gesetzgebungsorgan vorgesehen, doch wurde durch eine Verfassungsänderung im Jahre 1999 der Senat als zweite parlamentarische Kammer geschaffen. Die Senatoren werden in indirekter Wahl durch die Gemeinderäte (Commune- und Sangkat-Councilors) gewählt. Gemäß der Verfassung hat der Senat als parlamentarisches Oberhaus vor allem drei Aufgaben: Mitwirkung an der Gesetzgebung, Beobachtung („Monitoring“) der Regierungsarbeit und Repräsentation des Volkes. Diese Aufgaben werden durch zehn Fachausschüsse wahrgenommen die – ähnlich den Ausschüssen im Bundesrat – jeweils für bestimmte Politikbereiche zuständig sind. Nach eigenem Verständnis repräsentiert der Senat die Interessen der Bevölkerung in Kambodscha bei der Verwirklichung ihrer Ansprüche auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Formal betrachtet erweckt das kambodschanische

Parlament somit durchaus den Anschein demokratischer Strukturen.

Die Dominanz der sich seit fast vierzig Jahren kontinuierlich⁴³ an der Macht befindlichen Cambodian Peoples Party (CPP) schränkt die Arbeitsfähigkeit des Parlaments jedoch erheblich ein. Aufgrund mangelnder Rechte der parlamentarischen Opposition⁴⁴ sind die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition begrenzt. Hinzu kommt, dass die Abgeordneten der Regierungspartei aufgrund strikter Parteidisziplin und vorauseilenden Gehorsams an einer grundsätzlichen Befassung mit Gesetzentwürfen und der Kontrolle der Regierung kein Interesse haben.⁴⁵ Festzustellen ist aber auch, dass Kambodscha eine rasante wirtschaftliche Entwicklung durchläuft.⁴⁶ Die kambodschanische Regierung sieht daher nur wenig Anlass für eine Änderung des status quo, die zum Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen notwendig wäre. Die Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Demokratieförderung ist somit mühsam und schwierig.

Entwicklungspolitische Zielsetzung der Beratung

Die Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung ist eines der Schwerpunktthemen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Kambodscha. Der demokratische, gemeinwohlorientierte Rechtsstaat ist hierbei das Leitbild. Ziel ist die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, die eine sozial nachhaltige Entwicklung ermöglichen und zugleich zu spürbarer Reduzierung der Armut

⁴³ Die CPP regiert das Land seit 1979, mit Ausnahme der Zeit in der UNO-Übergangsverwaltung zu Beginn der 90er Jahre.

⁴⁴ So wurde ein angesehener Oppositionssenator im August 2015 (ohne Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität) auf direkte Anordnung des Regierungschefs wegen angeblichen Hochverrats verhaftet und erwartet nun eine bis zu 17jährige Haftstrafe, siehe <http://www.ctvnews.ca/world/cambodian-senator-on-trial-over-facebook-comments-1.2591532>.

⁴⁵ Weit über 90% der Gesetzesvorlagen kommen aus der Regierung, all diese Gesetzesvorlagen wurden in den letzten Jahren ohne wesentliche Änderungen oder Beratungen durch die beiden Parlamentskammern gewunken.

⁴⁶ Für 2015 prognostiziert die Asian Development Bank ein Wirtschaftswachstum von über 7%: <http://www.adb.org/countries/cambodia/economy>.

führen. Die Gewährung individueller Freiheiten und der Schutz des Individuums vor übermäßigem staatlich-autoritärem Zwang sind maßgeblich.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Realitäten besteht das Ziel des Engagements im kambodschanischen Senat darin, die Legislative zu stärken und auf transparente, nachhaltige Reformen hinzuwirken. Der Senat, als oberstes Verfassungsorgan, ist eine wesentliche Schlüsselinstitution bei der Stärkung des rechtsstaatlich-demokratischen Systems. Summa summarum soll durch die Unterstützung des Senats der Demokratisierungsprozess in Kambodscha schrittweise gestärkt und befördert werden.

Arbeitsumfeld und Arbeitsweise

Die Arbeit als Berater erfolgt im Wesentlichen auf zwei Ebenen: zum einen durch die direkte Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen und einzelnen Senatoren; zum anderen durch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Abteilungen der Senatsverwaltung. Institutionell verankert ist der Rechtsberater im Generalsekretariat des Senats, d.h. in der Verwaltungseinheit. Er ist zur politischen Neutralität verpflichtet. Besonders wichtig ist es aber trotzdem, mit denjenigen Senatoren zusammenzuarbeiten, die als „Change Agents“ wahrgenommen werden um dem entwicklungspolitischen Ziel der Verbesserung von Governance-Strukturen näher zu kommen.

Der Berater steht allen zehn Fachausschüssen prinzipiell mit Expertise zur Verfügung. Unabdingbar ist es daher, sich in sämtliche Aufgabengebiete der Fachausschüsse zügig einarbeiten zu können. Anfragen aus den Fachausschüssen umfassten in den zurückliegenden Monaten so unterschiedliche Bereiche wie ein geplantes Wettbewerbsgesetz, die Reform des Wahlgesetzes und die Überarbeitung der Geschäftsordnung. Inhaltliche Beratung zu unterschiedlichen Bereichen ist natürlich nur in einem begrenzten Umfang leistbar. Eine Überblickseinschätzung aus verfassungsvergleichender und völkerrechtlicher Sicht zu einzelnen Gesetzesvorhaben muss aber immer möglich sein und schafft einen erheblichen Mehrwert für die Senatoren mit denen die Zusammenarbeit auf praktischer Ebene zuweilen eng und intensiv ist. Aufgrund der abzude-

ckenden Themenvielfalt ist Flexibilität und Belastbarkeit eine Grundvoraussetzung des Jobs. Zeitnot ist manchmal ein Problem, die Ausarbeitungen beschränken sich deshalb zumeist auf das Wesentliche.

Im beschriebenen Kontext gehört der Aufbau von nachhaltigen fachlichen Kapazitäten in den Senatsstrukturen zu den Kernbereichen der Beratung. Wie nahezu jede Parlamentskammer verfügt auch der kambodschanische Senat über einen Stab an Mitarbeitern, die der Verwaltung zugeordnet sind und die Arbeit der Abgeordneten und Fachausschüsse vorbereiten und begleiten. Eine zentrale Aufgabe ist deren Schulung und Fortbildung. Großer Schulungsbedarf besteht nicht nur hinsichtlich Lücken im Fachwissen, sondern auch bzgl. der Arbeitsmethodik. Strukturiertes Arbeiten fällt vielen Parlamentsmitarbeitern schwer und wurde nie erlernt. Trainingskurse (z.B. in den Bereichen wissenschaftliche Recherche, Legal Drafting, Grundlagen des Rechts und weitere mehr) sollen helfen diese Defizite abzubauen. In der täglichen Arbeit wird der ausländische Berater neben seiner fachlichen Expertise auch für seinen direkten Draht zu internationalen Geldgebern geschätzt. Im kambodschanischen Senat herrscht ein chronischer Mangel an Finanzmitteln für wesentliche parlamentarische Aufgaben (z.B. die Durchführung von Expertenanhörungen). Es kommt daher nicht selten vor, dass der Berater gebeten wird, für die Durchführung von Aktivitäten des Parlaments finanzielle Mittel zu besorgen. Auch ist es nicht ungewöhnlich, dass von den Senatoren im Laufe eines Jahres kumulierte Anfragen im Wert von mehreren hunderttausend Euro an den Berater herangetragen werden. Hier muss mit Augenmaß abgewägt werden, welche Anfragen sinnvoll sind und ggfs. Unterstützung durch internationale Geldgeber verdienen.⁴⁷

Die Beratungstätigkeit umfasst somit drei wesentliche Aufgaben: (1) die Beratung der Senatoren und Fachausschüsse im Gesetzgebungs-

⁴⁷ Beliebt sind unter den kambodschanischen Abgeordneten insbesondere Studienreisen, um demokratische Strukturen in anderen Ländern (insb. Deutschland) aus der Nähe kennenzulernen. Oftmals sind jedoch Zweifel an der Ernsthaftigkeit solcher Anfragen geboten und ob kostspielige Studienreisen in einem positiven Kosten-Nutzen Verhältnis stehen, ist bei einem überwiegenden Teil der Anfragen fraglich.

verfahren; (2) die qualitative Verbesserung der Zuarbeit durch Schulung der Mitarbeiter; (3) die Koordinierung von Geberaktivitäten beim Senat.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Bei der Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele müssen die Besonderheiten der Arbeit mit Parlamenten in Entwicklungsländern im Auge behalten werden, d.h. das Erreichen der Ziele ist im konkreten politischen Kontext zu erfassen. Die Möglichkeiten zu Veränderung sind limitiert. Der entwicklungspolitisch gewollte Prozess kann keinen Erfolg haben, wenn die vorgefundene politische Dimension dem entgegensteht. Am erfolgreichsten sind daher ganz allgemein Programme, die von den Empfängern nachgefragt werden und eine Unterstützung der Interessen der lokalen Akteure beinhalten.

Im kambodschanischen Kontext gilt es insbesondere, die dominante Stellung der regierenden Partei zu bedenken. Die Einbindung eines ausländischen Beraters in die Verwaltungsstrukturen des Senats belegt zwar den generellen Willen zur Zusammenarbeit, doch gibt es auch Grenzen. Zuweilen besteht die Gefahr, dass der Berater als Alibi dient, um der internationalen Gebergemeinschaft den anhaltenden Reformwillen der Regierung zu demonstrieren.

Prinzipiell ist die Beratung der Legislative ein sensibles Unterfangen. Für den zu politischer Neutralität verpflichteten Berater gilt es stets, die Balance zu wahren und nicht einseitig zu agieren. Die Beratung soll zwar dem übergeordneten Ziel der Verbesserung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen dienen, darf jedoch – gemäß dem Arbeitsvertrag des Beraters – keine der im Parlament vertretenen Parteien (bzw. deren Positionen) bevorzugen. In der Praxis sind Wertungen manchmal aber nicht vermeidbar. Schließlich muss der status quo aufgebrochen werden, um Demokratiedefizite abzubauen.

Praktische Probleme in der Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung ergeben sich aus der Sprachbarriere. Nur ein geringer Teil der Senatoren und Mitarbeiter verfügt über hinreichende Englischkenntnisse die eine reibungslose Kommunikation ermöglichen. Übersetzungskapazitäten stehen nicht immer in

ausreichender Qualität zur Verfügung. Gerade im juristisch-parlamentarischen Kontext ist Sprache aber von erheblicher Bedeutung. In der lokalen Sprache (Khmer) sind viele Fachbegriffe nicht bekannt bzw. werden uneinheitlich übersetzt. Die daraus resultierende Konfusion ist beträchtlich. Gerade in Hinblick auf die angestrebte Integration des ASEAN-Wirtschaftsblocks – dessen einzige offizielle Amtssprache Englisch ist – steht das kambodschanische Parlament vor massiven Herausforderungen.

Darüber hinaus ist, wie bereits angedeutet, die fachliche Eignung der meisten Parlamentsmitarbeiter limitiert. Dies liegt zum einen am kambodschanischen Bildungssystem, welches auch fast vierzig Jahre nach Ende des Khmer Rouge Regimes noch desaströs ist, zum anderen aber auch am weitverbreiteten Nepotismus. Er führt dazu, dass fachlich ungeeignete Personen auf hochrangige Verwaltungspositionen befördert werden. Ein Problem sind „ghost worker“, d.h. Mitarbeiter die nur auf den Gehaltslisten existieren. Zusätzlich führt die schlechte Bezahlung im öffentlichen Sektor dazu, dass talentierte junge Kambodschaner eine Anstellung im Privatsektor der Arbeit im öffentlichen Dienst vorziehen. Die verfehlte Rekrutierungspolitik führt in der Senatsverwaltung zu einem Mitarbeiterstab, der mit Recherche- und Berichtsaufgaben regelmäßig überfordert ist. Trotz (oder gerade wegen) dieser Defizite ist die Entwicklungszusammenarbeit im skizzierten Umfeld zwar schwierig aber wichtig.

Zusammenfassung

Die Beratung des Parlaments in einem Entwicklungsland, das mit erheblichen Demokratiedefiziten kämpft, kann entwicklungspolitisch sinnvoll sein. Eine unrealistische Erwartungshaltung wäre jedoch kontraproduktiv: Der Wirkungsbereich des Beraters ist begrenzt. Um unter teils schwierigen Bedingungen zurecht zu kommen, sollte der Parlamentsberater nicht nur über ein gutes Maß an fachlicher Expertise, sondern auch über Flexibilität und Belastbarkeit verfügen. Gelassenheit im Umgang mit den Senatoren ist unabdingbar. Letztlich kann die Beratung zu den angestrebten Entwicklungen auf makrostaatlicher Ebene beitragen, doch durch Intranspa-

renz und Korruption sind der rechtsstaatlichen Entwicklung in Kambodscha Grenzen gesetzt. Hierin unterscheidet sich die Fassadendemokratie südostasiatischer Prägung von einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung. Im täglichen Geschäft ist die Beratung daher oft von Rückschlägen geprägt. Es hilft in großen Zeiträumen zu denken und es gilt das Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“.